

**HAMBURG.** Gegen die Verherrlichung des deutschen Imperialismus und die extrem rechte Burschenschaft Germania demonstrierten am frühen Samstagabend 70 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Zu der mit nur zwei Tagen Vorlauf angekündigten Protestkundgebung hatte das Hamburger Bündnis gegen Rechts, der Landesverband der Linken sowie der verdi-Arbeitskreis Antirassismus für den 17. Januar aufgerufen. „Es ist ein Skandal, dass wenige Tage vor dem Holocaust-Gedenktag am 27. Januar eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Studentenverbindung sich zum „Deutschen Reich“ bekennt“, erklärte der Sprecher des Hamburger Bündnis, Wolfram Siede.

Tatsächlich feiern die Germanen die Reichsgründung Jahr für Jahr. Den historischen Rahmen ihres ritualisierten Saufgelages liefert die Bismarcksche Reichsgründung 1871 sowie die Machtübertragung am 30. Januar 1933. Als Festredner für den „Reichsgründungskommers“ in diesem Jahr war Dr. Björn Clemens vorgesehen. Wenige Tage zuvor war Clemens noch als Gast beim Neujahrsempfang der sächsischen NPD aufgetreten. Bei den Germanen wollte der ehemalige Bundesvorsitzende der Republikaner – er verließ die Partei, weil sie ihm zu liberal geworden war – zur „Schicksalsfrage Geschichtsbewusstsein“ sprechen. Ob der bei NPD, DVU und Freien Nationalisten beliebte Redner – im vergangenen Jahr sprach er auf dem größten bundesdeutschen Naziaufmarsch in Dresden – tatsächlich im Verbindungshaus auftrat, ließ sich von außen nicht feststellen. Auf ihrer „Heimatseite“ hatte die Burschenschaft die Veranstaltung kurzfristig abgesagt, was sich angesichts der eintreffenden Besucher allerdings als Finte herausstellte.

Ob mit oder ohne Festredner ist es dem Protest des Hamburger Bündnis gegen Rechts zu verdanken, dass „die Nazi-Veranstaltungen im Germanenhaus aus ihrem Hinterzimmer-Dasein in die öffentliche Wahrnehmung und Kritik gerückt sind“, erklärte Bela Rogalla, Mitarbeiter der Bürgerschaftsfraktion der Linken zum Ende der eineinhalbstündigen Kundgebung. Denn der eigentliche Skandal ist,



## Schluss mit den Naziveranstaltungen im Germanenhaus

dass seit 2005 der erste Vorsitzende des „Altherrenverbands der Hamburger Burschenschaft Germania e.V.“ ein hochrangiger Beamter ist, der beim Finanzamt Hamburg-Nord stellvertretender Vorsteher war und heute beim Finanzamt Tierpark arbeitet. Im Vorstand der Alten Herren trägt Götz Noack die politische Verantwortung für die Veranstaltungen im Germanenhaus wie beispielsweise die Eröffnung der „Kleinen deutschen Kunstausstellung“ im Vereinshaus im Oktober 2006. Präsentiert wurden dort Holzschnitte von NS-Künstlern, wobei der Name auf die jährliche „Große deutsche Kunstausstellung“ der NSDAP in München anspielt.

Bevor Götz Noack zu den Alten Herren wechselte, war er zwischen 1994 bis 1998 bereits als 1. Vorsitzender des „Burschenschaftlichen Studentenwerkes zu Hamburg – Harry Lange e.V.“ aktiv. So heißt der Trägerverein des Verbindungshauses in der Sierichstraße 23. In Noacks Verantwortung und Amtszeit fallen Veranstaltungen vom November 1994 mit Karl Richter (damals im Vorstand der Deutschen Liga für Volk und Heimat und Schriftleiter von Nation & Europa), im Dezember 1994 mit Hermann Thiele (Mitglied und regelmäßiger Referent im Riegerschen Vereinsgeflecht), im November 1995 mit Manfred Rouhs (Herausgeber der nationalrevolutionären Zeitschrift Signal und ehemals im Vorstand der Deutschen Liga für Volk und Heimat), um hier nur eine Auswahl zu nennen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich von der pflichtschlagenden und farbentragenden Truppe kaum noch von einer „ultra-konservativen Verbindung“ sprechen, wie es das Abendblatt erst wieder in seiner Onlineausgabe vom 18.1.2009 tat. Vielmehr handelt es sich um einen Versuch des Brückenschlages im Sinne jungkonservativer, nationalrevolutionärer und neofaschistischer Strategie. Dies sah in der Vergangenheit auch der Hamburger Verfassungsschutz so, der die Burschenschaft in den 90er Jahren in seinen Berichten noch erwähnte. Spätestens seit Schwarz-Schill kehrte im Senat der Korpsgeist zurück – es sitzen dort eine ganze Anzahl Alte Herren –, und seitdem weist die Innenbehörde Anfragen und Erkenntnisse über „rechtsextremistische Einflüsse“ geradezu stoisch ab.

Dagegen richtet sich eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Christiane Schneider. Die innenpolitische Sprecherin der Linken in Hamburg fragt nach öffentlichen Mitteln, die der extrem rechten Verbindung zu Gute kommen, fordert die Suspendierung von Götz Noack sowie ein Verbot der völkischen Studentenverbindung: „Dort sind NPD-Mitglieder organisiert, es werden die Verbrechen der Wehrmacht im Nationalsozialismus verherrlicht. Es ist ein Skandal, dass die Innenbehörde ein Verbot dieser neonazistischen Vereinigung nicht einmal prüft.“ Es wird also interessant, ob und wie es der Innenbehörde gelingt, die jüngsten Vorfälle unter den Tisch zu kehren. **Wolfram Siede** ■

**Inhalt:**  
**Kampagne: 5000 Gründe für ein Verbot der NPD. . . . . 5**

### Gegenseitige Unterstützung

DÜSSELDORF. Auch die revanchistische Kleinpartei „Bund für Gesamtdeutschland (BGD). Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft“ will zur Landtagswahl in NRW im Jahr 2010 antreten. Mit der fremdenfeindlichen Kleinpartei „Ab jetzt – Bündnis für Deutschland“ um Dr. Helmut Fleck aus Siegburg wurde daher eine gegenseitige Unterstützung vereinbart.

Während der BGD Unterstützungssunterschriften für eine Kandidatur von „Ab jetzt“ bei der Europawahl 2009 sammelt, soll „Ab jetzt“ Unterschriften für eine BGD-Kandidatur im Jahr 2010 beschaffen. Nennenswerte Wahlerfolge des ohnehin stark überalterten BGD blieben aber bislang aus. hma ■

### Besuch in Borna

GELDERN/BORNA. Zu den Besuchern der letzten Monate in der privaten „Gedächtnisstätte“ für die deutschen Opfer von Krieg und Vertreibung im sächsischen Borna gehörte auch Adolf Frerk aus dem niederrheinischen Geldern. Der pensionierte Oberstudienrat war in den 90er Jahren für die sog. „Republikaner“ aktiv. Bei seinem Besuch in Borna habe er, so Frerk in einem Leserbrief an die „Junge Freiheit“, „von internen Querelen nicht das Geringste gespürt“. Auch eine „NPD-Nähe“ sei ihm dort nicht aufgefallen. Der Wachdienst, so Frerk lobend, werde dort „rund um die Uhr für Gotteslohn von patriotisch eingestellten jungen Leuten versehen“. „Allen Skeptikern“ empfehle er einen Besuch der – derzeit noch unfertigen – „Gedenkstätte“. hma ■

### Großrazzia gegen NPD-Verlag in Riesa

RIESA. Wie die Sächsische Zeitung vom 17.1.09 berichtet, wurden am Freitag, 16.1., auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Dresden die Räume der NPD-Zeitung Deutsche Stimme mbH in Riesa durchsucht. Über die Menge des sichergestellten Materials gäbe es noch keine Informationen, es ginge aber in erster Linie um den Katalog 2009 mit dem Titel „Germaniens Freiheit“. „Der Verlagsleiter steht im Verdacht, den Katalog zu vertreiben, in dem eine Vielzahl von Büchern, Tonträgern, Flaggen, Postern und anderes angeboten werden, die unter die Strafvorschriften des Paragraphen 86a Strafgesetzbuch sowie des Paragraphen 15 Jugendschutzgesetz fallen.“ so der zuständige Oberstaatsanwalt.

Das heißt, die Deutsche Stimme bietet gewalt- und kriegsverherrlichende Artikel an. Darüber hinaus Souvenirs, die

verfassungswidrige Symbole und Zeichen wie Hitlergruß und Hakenkreuz zeigen. Verlagsleiter ist Jens Pühse.

Bereits 2008 im September wurde die komplette Ausgabe des Jahreskataloges beschlagnahmt und untersucht. Nach Sichtung der Kataloge werden diese vernichtet, heißt es. Die Deutsche Stimme bekomme nur jene Artikel zurück, bei denen keine Straftat nachgewiesen werden könne. Ob es zur Anklage wegen des Jahreskataloges komme, ist noch unklar.

Quelle: Sächsische Zeitung, 17.01.2009 ■

### Picker im Interview

DORTMUND. Der Dortmunder Rechtsanwalt Andre Picker, seit vergangenem Jahr Mitglied des Bezirksvorstandes Ruhrgebiet der extrem rechten „Bürgerbewegung pro NRW“, hat im Januar der „National-Zeitung“ ein Interview gegeben. Picker hatte den Münchner Manuel Heine verteidigt, der gemeinsam mit seiner Frau Sabrina im Dezember wegen des Verdachts der Beihilfe zum versuchten Mord an dem Polizeidirektor Alois Mannichl eine Woche in Untersuchungshaft saß. Picker behauptet in dem Interview, „eine Tendenz zu beobachten“, die eine Bestrafung „rechter Täter“ im Vergleich zu „linken“ oder „unpolitischen Tätern“ härter ausfallen lässt. Gegen diese „Tendenz“ gelte es „aus rechtsstaatlichen Gründen anzukämpfen“, so der „PRO NRW“-Aktivist. hma ■

### „IfS“ zum Thema „Elite“

SCHNELLRODA. Das um das rechte Wochenblatt „Junge Freiheit“ angesiedelte „Institut für Staatspolitik“ (IfS) führt vom 13. bis 15.2. seine „9. Winterakademie“ zum Thema „Elite“ in Schnellroda durch. Neben Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek referieren auf der Tagung der Ethnologe Thomas Bargatzky und der Historiker Stefan Scheil. Letzterer erhielt 2005 den „Gerhard-Löwenthal-Preis“ der „Jungen Freiheit“. hma ■

### „Archicultura“ Nr. 2

BREMEN. Nach 15 Jahren ist im Bremer Aschenbeck Verlag die zweite Ausgabe der Jahresschrift „Archicultura“ zum Thema „Identität und Flucht“ erschienen. Im Gegensatz zur ersten Ausgabe hat man sich mittlerweile vom Untertitel „Zeitschrift für die regionalen Kulturen Mitteleuropas“ getrennt. Auf einen Beitrag u.a. über den Nationalisten und Militaristen Ernst Jünger kann Architekturhistoriker Nils Aschenbeck jedoch nicht verzichten. Schon 1993 hatte Aschen-

beck in einem Beitrag für die extrem rechte Zeitschrift „Etappe“ Ernst Jünger thematisiert. In seinem Artikel zu „Krieg und Popmusik“ versuchte er auf der Basis von Jünger-Texten eine Gleichsetzung des mechanisierten Krieges mit der Populärkultur. hma ■

### Endlich finanzielle Hilfe für EXIT-Deutschland!

BERLIN. Der Innenausschuss hat auf seiner letzten Sitzung eine Übergangsfina-

nzierung für das existenzbedrohte Aussteigerprojekt EXIT-Deutschland festgelegt. Dazu Monika Lazar, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus: „Wir begrüßen die geplante finanzielle Hilfe für EXIT-Deutschland. Lange haben wir gemeinsam mit der Initiative 2008 geschmettert die Bundesregierung unsere Anfragen und Briefe ab und verwies auf ein im April 2009 anlaufendes neues Programm. Doch so viel Zeit konnte die Aussteigerinitiative allein durch Spenden nicht überbrücken. Zum Jahreswechsel mussten fast alle Mitarbeiter entlassen werden. Die Nazi-Aussteigerinnen und -Aussteiger sowie ihre Familien verloren plötzlich ihre Ansprechpersonen. In unverantwortlicher Weise ließ die Bundesregierung EXIT mit diesem Problem allein. Wir sind froh, dass aufgrund zahlreicher Proteste nun doch eine Lösung gefunden werden soll. Sogar die CDU/CSU hat sich letztlich belehren lassen und die Wichtigkeit des zivilgesellschaftlichen Angebotes für Ex-Nazis und ausstiegswillige Rechtsextreme anerkannt. In einem Anfall akuter Vergesslichkeit stellt sie sich sogar als Retterin von EXIT dar. Wünschenswert wäre gewesen, dass sie sich bereits früher gegenüber der Bundesregierung engagiert und so die Kündigungswelle verhindert hätte.“

Wichtig ist jetzt, nicht bei dem beschlossenen Notfallplan stehen zu bleiben, sondern eine dauerhafte Finanzgrundlage für die künftige Arbeit von EXIT zu schaffen. Außerdem ist zu hoffen, dass dieses unrühmliche Beispiel einmalig bleibt und andere wichtige Projekte gegen Rechtsextremismus nicht erst an den Rand des Abgrunds kommen müssen, um staatliche Unterstützung zu erhalten.“

Monika Lazar, MdB  
Mitglied im Petitionsausschuss,  
Sprecherin für Strategien gegen  
Rechtsextremismus ■

### Dem „Deutschlandpakt“ zum Trotz: NPD tritt in Thüringen an

Im August 2009 wird anstelle der rechtsextremen DVU die NPD bei der Thüringer Landtagswahl antreten. Auf dem DVU-Bundesparteitag am vergangenen Wochenende in Sachsen-Anhalt be-

schloss die DVU, den seit fünf Jahren bestehenden Pakt zu lockern. Eigentlich sollte der „Deutschlandpakt“ noch bis Ende 2009 halten und somit klarstellen, welche der beiden rechtsextremen Parteien bei Europa-, Bundes- und Landtagswahlen antritt, um nicht um Wählerstimmen zu konkurrieren. Nach der ursprünglichen Absprache war Thüringen für die DVU reserviert.

Grund für das Überdenken des Paktes könnten verschiedene Wahlniederlagen der DVU gewesen sein, wie zum Beispiel bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2006.

Laut „Mitteldeutscher Zeitung“ existiere die DVU in Thüringen faktisch nur auf dem Papier und zähle nur 50 Mitglieder. Im Anschluss an den Parteitag vom Wochenende hatte der thüringische DVU-Landeschef Wolfgang Beck angekündigt, dass bei einem Nicht-Antritt der DVU zahlreiche Mitglieder die Partei verlassen werden, was das Aus für die Partei bedeute. Roger Derichs vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz bescheinigt der NDP hingegen einen „Aufwind“. Demnach habe die Mitgliederstärke der NPD seit der vergangenen Landtagswahl „deutlich zugenommen“. Es sollen zurzeit ca. 500 Mitglieder sein, während es 2004 nur 180 Mitstreiter gewesen sein sollen. Dies liege unter anderem an dem Bündnis zwischen Partei und parteiunabhängigen „Freien Kameradschaften“. So habe das Thüringer Innenministerium gegenüber der „Mitteldeutschen Zeitung“ bestätigt, dass ein Teil der Kameradschaften in der NPD integriert ist. Somit zählt der NPD-Landesverband Thüringen gemessen an der Einwohnerzahl zu einem der stärksten in Deutschland.

Thüringen ist bisher noch das einzige der neuen Bundesländer in dessen Ländervertretung noch keine rechtsextreme Partei gesessen hatte, dies könnte sich nun ändern. „MOBIT“ hält es durchaus für realistisch, dass die NPD die Fünf-Prozent-Hürde überwinden kann. Unter anderem hatte die NPD zur Bundestagswahl 2005 ihr zweitbestes Ergebnis in Thüringen (3,7 Prozent) erzielt. Einen zusätzlichen Ansporn für die Landtagswahl könnten auch die Kommunalwahlen im Juni sein, durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde könnten NPD-Kandidaten somit in mehrere Kommunalvertretungen einziehen.

[www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de) ■

## Dortmunder Neonazis drohen im Internet

DORTMUND. Seit Beginn des neuen Jahres betreiben Dortmunder Neonazis eine neue Internetseite mit dem irreführenden Namen „Antifa Dortmund“. Was User dort zu sehen bekommen, sind aber keineswegs Informationen zum Antifaschis-

mus, sondern Bilder, Namen, Adressen, Telefonnummern und Mailadressen von Menschen, die sich möglicherweise antifaschistisch betätigen. Bedrohlich ist der Titel „Egal ob Antifa Union, Hippis, Linkspartei, Kirche, oder DGB. Wir haben sie alle!“ vor dem Hintergrund, dass die Neonazis, hier der „Nationale Widerstand Dortmund, immer gewalttätiger gegen Andersdenkende vorgehen.

Allein im Dortmunder Einzugsgebiet sind in den letzten neun Jahren vier Menschen von Neonazis ermordet worden. Hinzu kommen zahlreiche Gewaltdelikte gegen alternative Cafes und Kneipen, gegen Parteibüros und Privatwohnungen von Antifaschisten.

Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete für Dortmund, erklärt dazu:

„Meine Solidarität gilt all’ denjenigen, die aufgrund ihres antifaschistischen und demokratischen Engagements ins Fadenkreuz der Faschisten geraten sind. Sie dürfen sich durch die Nazidrohungen nicht einschüchtern lassen. Trotz solcher Drohungen, zahlreicher Naziaufmärsche und Überfälle leugnet der Dortmunder Polizeipräsidenten Hans Schulze beharrlich, dass es in Dortmund ein Naziproblem gibt. Dies bestätigt mich einmal mehr in meiner Forderung nach dem Rücktritt des Dortmunder Polizeipräsidenten.“

*Ulla Jelpke, MdB  
Innenpolitische Sprecherin  
Fraktion DIE LINKE. ■*

## NPD will in provozieren

BERLIN. Die NPD hat für den 27. Januar in Berlin eine Kundgebung gegen „israelischen Holocaust“ im Gazastreifen angemeldet. Der Tag wird wegen der Befreiung der Überlebenden von Auschwitz vor 64 Jahren durch die Rote Armee weltweit als Holocaust-Gedenktag begangen.

Die neofaschistische Partei will sich am Abend des 27. Januars auf der Kreuzung Friedrichstraße/Französische Straße versammeln, teilt sie auf ihrer Internetseite mit.

Ein Sprecher der Berliner Polizei bestätigte gegenüber der jungen Welt am Dienstag, dass eine entsprechende Anmeldung vorliege.

*Quelle: Junge Welt v. 21.01.2009 ■*

## Polizei durchsuchte 30 Objekte in Südniedersachsen

GÖTTINGEN. Bei einer groß angelegten Durchsuchungsaktion in der rechtsextremistischen Szene in Südniedersachsen hat die Polizei eine Vielzahl von Waffen sichergestellt, berichtete HNA Online am 21. Januar. Knapp 440 Beamte hätten am Dienstagmorgen zeitgleich 30 Objek-

### Schon mal vormerken:

**Die Jahrestagung des  
Herausgabekreises der  
Antifaschistischen Nachrichten  
findet am  
Samstag, 7. März 2009  
ab 14.00 Uhr im  
Bürgerzentrum Alte Feuer-  
wache, Melchiorstr. 3  
in Köln statt**

te im Raum Göttingen sowie in den Landkreisen Northeim, Osterode und Hildesheim und in der Stadt Braunschweig durchsucht. In jedem zweiten Objekt habe man strafrechtlich relevante Gegenstände gefunden. Die Beamten seien dabei nicht nur auf Propagandamaterial und einschlägige CDs gestoßen, sondern trugen auch ein regelrechtes Waffenarsenal zusammen. So fanden sie neun Karabiner, eine scharfe Doppelflinte, sieben Faustfeuerwaffen, ein Luftgewehr sowie 15 Softair-Waffen, mit denen auch harte Munition verschossen werden kann.

Hinzu kamen unter anderem ein Maschinengewehr-Gurt mit scharfer Munition sowie diverse Bajonette, Wurfsterne, Schlagringe, Totschläger und Butterfly- und Springmesser. Außerdem fanden sich eine Handgranate und das Endrohr einer Flugabwehrkanone aus dem Zweiten Weltkrieg.

Erst Ende November hatte die Polizei bei mehreren Rechtsextremisten in Südniedersachsen ein Waffenlager sichergestellt, unter anderem eine Maschinenpistole mit über 400 Schuss Munition.

*Quelle: HNA Online vom 21.1.2009 ■*

## Papst rehabilitiert Holocaustleugner

Joseph Ratzinger alias ‚Benedikt XVI.‘ hat die Exkommunikation von vier fundamentalistischen Bischöfen, die der extremen Rechten nahe stehen, annulliert. Einer von ihm entpuppt sich als Propagandist der Auschwitz-Lüge.

In jüngerer Zeit hat Papst Benedikt ein neues wichtiges Anliegen entdeckt: Ein „Schisma“ (eine Kirchenspaltung oder Aufspaltung der Gläubigen), das sich vor nunmehr gut zwanzig Jahren ereignet habe, müsse dringend repariert werden. Es handelt sich um den 1988 erfolgten Ausschluss der Anhänger des französischen ultrareaktionären, fundamentalistischen Bischofs Marcel Lefebvre aus der römisch-katholischen Amtskirche. Lefebvre, ehemals Kolonialbischof im westafrikanischen Dakar, trat strikt gegen die Modernisierungsschritte und Errungenschaften des

Zweiten Vatikanischen Konzils von 1962 bis 65 ein. Dazu gehören u.a. die Abhaltung der Messe in den jeweiligen Landessprachen, die für das „gemeine Volk“ verständlich ist – und eine Suche nach Aussöhnung des katholischen Christentums mit den Juden, die nicht länger als „Gottesmörder“ und Schuldige an Jesus' Kreuzigung geschmäht werden dürfen. Unsinn aus der Sicht des Ultrareaktionärs Lefebvre. Im Jahr 1988 hatte Lefebvre auf eigene Faust vier Bischöfe geweiht. Das Vorrecht, diese Handlung vorzunehmen, liegt jedoch laut kirchlichem Kodex allein beim amtierenden Papst. Lefebvre wurde also die Tür gewiesen, und mit ihm den vier von ihm eingesetzten „Bischöfen“. Lefebvre selbst ist im Jahr 1991 gestorben.

Die Anhänger Lefebvres sind derzeit in rund 40 Ländern präsent. Ihre Anzahl wird auf insgesamt 150.000 bis 250.000 geschätzt, der Schwerpunkt dürfte in Frankreich und der Schweiz liegen. Unter ihnen sind 500 Priester. Auf französischem Boden – wo die mit den Lefebvre-Anhänger nverbundene, 1970 gegründete Priesterbrüderschaft „Fraternité Pie X. (Pius X.“) ihren Hauptsitz hat – sind viele ihrer führenden Anhänger beim rechtsextremen Front National (FN) organisiert oder in seinem Umfeld aktiv. Dieser Brüderschaft gehört auch der Abbé Laguérie an, der im Juli 2008 die Tochter des auf die extreme Rechte abgewanderten früheren Antirassisten Dieudonné M'bala M'bala – mit Jean-Marie Le Pen in der Rolle des Taufpaten – feierte. Der Priester war Dieudonné anscheinend durch Le Pen empfohlen worden. Abbé Laguérie hatte im Juli 1996 an der Beerdigung von Paul Touvier, des früheren Chefs der Miliz unter dem Vichy-Regime, teilgenommen.

Zurück nach Rom: Dort zeigt sich der amtierende Papst seit einiger Zeit bemüht, diesen Bruch mit dem früheren Rechtsaußenflügel der Kirche zu kitten und dadurch die Reihen (jedenfalls nach der reaktionären Seite hin) zu schließen. Zugleich dürften bestimmte ideologische Übereinstimmungen bestehen. Denn auch Benedikt XVI. zeigt sich etwa davon überzeugt, dass es einen „interreligiösen Dialog“, wie er sagt, „im engen Sinne“ (also in Kernfragen) „nicht geben könne“ – weil, dies bedeutet seine Position, letztlich nur eine Religion Recht habe. Schon im September 2007 verabschiedete „Benedikt XVI.“ einen Erlass, demzufolge die „Traditionalisten“ (so werden die Fundamentalisten im Stil der Anhänger Lefebvres auch



bezeichnet) die Messe im Rahmen der Amtskirche auch in Latein feiern dürfen. Dieser Beschluss sollte ausdrücklich ihre Rückkehr in die Reihen der römisch-katholischen Amtskirche ermöglichen und beschleunigen. Dazu wurde auch eigens ein Glaubensinstitut für diese Strömung geschaffen.

Nun ist es soweit: Am vergangenen Samstag (23. Januar) verkündete der Vatikan, die vier im Jahr 1988 durch Marcel Lefebvre geweihten „Bischöfe“ würden durch die Kirche rehabilitiert, d.h. ihre Exkommunikation sei aufgehoben worden. Es handelt sich um Bernard Fellay, Bernard Tissier de Mallerais, Richard Williamson und Alfonso de Galaretta. Um den dritten unter den Aufgezählten rankt sich seitdem ein handfester Skandal. Denn das schwedische Fernsehen (SVT) strahlte am Mittwoch zuvor ein (früher aufgezeichnetes) Interview mit Richard Williamson aus, in welchem dieser die historische Existenz des Holocaust offen bestreitet: „Ich glaube, dass es keine Gaskammern gegeben hat. (...) Deutschland hat Milliarden und Abermilliarden DM – und jetzt Euros – bezahlt, weil die Deutschen unter einem Schuldkomplex leiden, dafür, sechs Millionen Juden vergast zu haben. Aber ich glaube nicht, dass sechs Millionen Juden vergast worden sind.“ Er bezifferte die Anzahl der in NS-Konzentrationslagern umgekommenen Juden auf rund 200.000, „aber nicht ein einziger in Gaskammern“.

Daraufhin berichtete das Hamburger Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL am vergangenen Wochenende, es seien strafrechtliche Ermittlungen gegen Williamson wegen Verbreitung der sog. Auschwitzlüge aufgenommen worden. Falls der Beitrag bei einem Besuch des angeblichen „Bischofs“ in einem Priesterseminar der

„Brüderschaft Pius X.“ in Zaitzkofen in der Nähe von Regensburg aufgenommen worden ist, hätte Williamson seine Äußerungen auf deutschem Boden getätigt und die Staatsanwaltschaft Regensburg für die Strafverfolgung zuständig.

Am Freitag warnte der römische Oberrabbiner Riccardo di Segni gegenüber der im norditalienischen Turin erscheinenden Tageszeitung ‚La Stampa‘ vor „gravierenden Auswirkungen“, die eine Integration der Lefebvre-Anhänger in die Amtskirche auf das christlich-jüdische Verhältnis hätte. Tatsächlich droht dieses aus verschiedenen Gründen, und aufgrund unterschiedlicher Initiativen des aktuellen

Papsts, brüchig zu werden. So plant Benedikt XVI. die Seligsprechung seines umstrittenen Amtsvorgängers Pius XII., der während der Ära des Faschismus und Nationalsozialismus an der Spitze der Kirche saß und die Judenverfolgung nie öffentlich kritisiert hatte. Die italienischen Rabbiner kritisieren Benedikt XVI. dafür, dass er fünfzig Jahre Bemühungen um eine Überwindung der Anspannung zwischen beiden Religionsgruppen – vor dem Hintergrund Jahrhunderte alter christlicher „Gottesmörder“vorwürfe – von kirchlicher Seite her in Frage stelle. bhs ■

## Prozesse/Urteile

Am 12. Dezember 2008 verurteilte das Amtsgericht Zossen (Brandenburg) den Bundesführer der „Heimattreuen Deutschen Jugend“, Sebastian Rübiger, wegen gefährlicher Körperverletzung. Zu Rübigers Verteidigern gehörte auch Wolfram Nahrath, der ehemalige Anführer der Wiking-Jugend. Er war am Verhandlungstag nicht anwesend. Ein weiterer Verteidiger legte für R. Berufung ein.

Wegen des Überfalls auf ein Camp der „Solid“-Jugend im Sommer 2008 kam es jetzt zum Prozess vor dem Landgericht Kassel. Es verurteilte den Neonazi Kevin S. in Anwendung des Jugendstrafrechts zu zwei Jahren und drei Monaten Haft wegen gefährlicher Körperverletzung. S. hatte mit dem Spaten eine Teilnehmerin des Lagers schwer verletzt. Das Gericht mochte dennoch den Anklagen wegen versuchten Totschlages oder versuchten Mordes nicht folgen. Auch S. hatte sich einen Anwalt aus der Naziszene genommen.

Newsletter BAG Antifaschismus DIE LINKE 1-2009 ■

Die NPD ist nicht nur Schutzschirm, sondern auch Ideengeber, Werteträger und Motor für gewaltbereite Nazis jeder Couleur und damit ein Zentrum neofaschistischer Aktivitäten. Ein Verbot dieser Partei beseitigt ganz sicher nicht den Rechtsextremismus, könnte ihn aber dauerhaft schwächen.

In der laufenden Debatte um eine Wiederaufnahme des NPD-Verbotsverfahrens sollten unbedingt alle die zu Wort kommen, die wiederholt Zeichen gegen Nazis gesetzt haben. Aus diesem Grund beabsichtigt die VVN-BdA, die erfolgreiche nonpd-Kampagne von 2007 in neuer Form fortzuführen. 175.445 Unterzeichner des Aufrufes an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages warten bis heute auf eine angemessene Antwort.

### Fortsetzung der Kampagne „nonpd-NPD-Verbot jetzt!“

Vom 27. Januar 2009 bis zum 8. Mai 2010, dem 65. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, möchte die VVN-BdA 5.000 Gründe für ein Verbot der NPD zusammentragen und viele Menschen anregen, sich mit persönlichen Statements daran zu beteiligen.

Ziel der Kampagne ist, Bürgerinnen und Bürger zu ermutigen, ihrem Protest gegen die NPD auf vielfältige Weise Ausdruck zu verleihen und ihrem Anliegen eine gemeinsame Stimme zu geben. Menschen vom Kap Arkona bis zum Bodensee sollen wieder angeregt werden, sich mit persönlichen Meinungsäußerungen, Erlebnis- und Erfahrungsberichten, Fotos,

# 5000 Gründe für ein NPD-Verbot

Zeichnungen oder in anderer Form kreativ daran zu beteiligen.

Auf der neuen Kampagnenhomepage wird all dies in einem „kollektiven Lesebuch“ gesammelt werden und die Beiträge entsprechend des Entstehungsortes auf einer Landkarte Deutschlands eintragen. Die Landkreise können angeklickt und die dort abgelegten Beiträge gelesen werden. Es entsteht also eine sich stetig verdichtende „Anti-NPD-Landkarte“.

### V-Leute abschalten

Die Kampagne der VVN-BdA richtet sich außerdem an diejenigen, die im ganz konkreten Sinn die Verantwortung dafür tragen, dass ein neues Verbotungsverfahren

noch nicht auf den Weg gebracht worden ist: die Innenminister der Bundesländer.

Es ist an ihnen, das vom Bundesverfassungsgericht benannte Verfahrenshindernis aus dem Weg zu räumen: die V-Leute müssen abgeschaltet werden. Und zwar in jedem Bundesland.

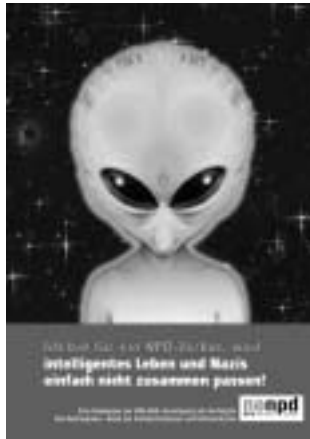
V-Leute sind nichts anderes als bezahlte Neonazis. De facto ist das V-Leute-System zum Schutzschirm der NPD geworden.

### Kampagnenmaterial in Vorbereitung

Sobald das Bestellformular auf [www.npd-verbot-jetzt.de](http://www.npd-verbot-jetzt.de) frei geschaltet ist –

voraussichtlich ab dem 27. Januar – steht das Kampagnenmaterial bereit. Folgende Materialien sind in Kürze erhältlich:

- Sondernummer der VVN-Zeitung „antifa“ (8 Seiten)
- Flyer „4 Gründe für ein Verbot der NPD“
- Postkarten, Plakate und Aufkleber.



Die Berliner Landesvereinigung lädt für den 29. Januar 2009, 20 Uhr in die „Wabe“ zu einer „Gala“ mit bekannten Künstlern ein. Dort kann dann in angenehmer und lockerer Atmosphäre der Start der Kampagne gefeiert werden.

Seit Jahresbeginn wird die Möglichkeit geboten, direkt auf [www.vvn-bda.de](http://www.vvn-bda.de) sowie auf der Kampagnenhomepage zu spenden: <http://www.vvn-bda.de/spenden/>

Umfang und Stärke der Kampagne stehen und fallen mit der Menge des zur Verfügung stehenden Geldes.

Die Bankverbindung für Spenden ist: VVN-BdA Bundesvereinigung, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60, Konto-Nr. 543 773-600, Stichwort „Kampagne“.

Zusammenstellung aus Materialien des VVN-BdA Bundesvorstands:  
Arwin Mahdawi Naraghi ■

## Schwaches Ergebnis für REP und NPD bei Hessenwahl

HESSEN. Bei der hessischen Landtagswahl mussten die rechtsextremen Parteien gegenüber den Ergebnissen von 2008 durchweg Stimmeinbußen hinnehmen. Die NPD erzielte zwar 0,9 % wie schon 2008, an Wählerstimmen waren es aber nur 22.184 gegenüber fast 24.000 in 2008. Die REP erhielten 0,6 Prozent (2008: 1 Prozent) der Zweitstimmen. In absoluten Zahlen sackten die REP von 27.724 auf 15.697 Stimmen.

In 17 Wahlkreisen schnitt die NPD überdurchschnittlich ab. Ihre besten Ergebnisse erzielte sie mit 2,4 Prozent im Wahlkreis Wetterau II (2008: 3 %) und in Hersfeld mit 2 % (2008: 2,2 %). In weiteren 15 Kreisen lag sie über 1 Prozent.

Das schafften die REP diesmal lediglich in acht Wahlkreisen. Ihr bestes Ergebnis brachten sie mit 1,5 Prozent im Wahlkreis Odenwald zustande.

Bei den Erststimmen erzielte Klaus Opitz mit 2 % im Wahlkreis Rheingau-Taunus I das beste Ergebnis der REP-Kandidaten. Bei den NPD-Kandidaten holte Daniel Lachmann im Wahlkreis Wetterau II mit 2,6 Prozent das höchste Ergebnis.

In absoluten Zahlen sanken die beiden rechtsextremen Parteien von 51.728 bei der Wahl 2008 auf 37.881 Zweitstimmen bei der jetzigen Wahl. Die Wahlbeteiligung lag mit 61 % noch niedriger als 2008 (64,3 %). ■

**Der israelisch-palästinensische Konflikt, der jüngst mit den Massakern in Gaza (27. Dezember 2008 bis zum 17. Januar 2009) eine neue Eskalationsstufe erreichte, löst unter französischen Rechtsradikalen einen heftigen ideologischen Symbolkonflikt aus. Die Positionen bei ihr reichen von extrem pro-israelisch bis extrem anti-israelisch.**

Die erstgenannten (pro-israelischen) Positionen innerhalb der französischen extremen Rechten wurzeln in der Ära der französischen Kolonialkriege, besonders in Nordafrika, während derer Israel der wichtigste außenpolitische Verbündete Frankreichs war. Etwa im Algerienkrieg und bei der „Suez-Expedition“ gegen Ägypten 1956. Frankreich spielte sich damals als Schutzmacht zunächst der „eigenen“ europäischen Siedler in Nordafrika, aber zunehmend auch der nordafrikanischen Juden auf, um die Aufrechterhaltung seiner kolonialen Präsenz zu legitimieren. Die entgegen gesetzten Positionen innerhalb des rechtsextremen Spektrums wurzeln dagegen in ihrer antisemitischen Tradition. Im Laufe seiner politischen Karriere, die Mitte der fünfziger Jahre anfang, wechselte Jean-Marie Le Pen ab 1987/89 vom ersten zum zweiten Register über. Aber nicht alle Strömungen der extremen Rechten imitierten ihn, sondern sie bleiben untereinander zu dieser Frage auf das Heftigste zerstritten.

Im jüngsten Konflikt nun gab es Reibereien der Rechtsradikalen untereinander, ebenso wie – auf unterschiedlichen Ebenen – mit den Protesten. Mindestens eine der zahlreichen Abspaltungen des Front National (FN), die sich im Laufe der letzten Monate aufgrund des desolaten Zustands der Partei und ihrer heftigen inneren Machtkämpfe bildeten, zollt den israelischen Militäraktionen offen Applaus. Es handelt sich um die Strömung um Jean-François Touzé, der sich 2007 noch um die Nachfolge Jean-Marie Le Pens an der Spitze des FN bewarb und derzeit einen eigenen Verein – die ‚Nouvelle Droite Républicaine‘ (NDR) – sowie eine starke Internetpräsenz betreibt.

Jean-Marie Le Pen hingegen nutzte den Konflikt in Gaza, um geschichtsrevisionistische Relativierungen der nationalsozialistischen Verbrechen zu betreiben. Am 8. Januar 2009 verglich er den Gazastreifen mit einem Konzentrationslager, und am 16. Januar – anlässlich eines Besuchs in Lyon – verglich er die Situation in Gaza und die dort agierenden Kräfte mit dem (Aufstand im) Warschauer Ghetto. Eine Reihe pro-palästinensischer Vereinigungen und die Palästinensische Studentunion (GUPS) verboten sich daraufhin in einem Kommuniqué jegliche Stellungnahme von seiner Seite, da er Rassist ebenso wie Antisemit sei und im Algerienkrieg eigenhändig gefoltert habe.

# Die französische extreme Rechte zum Gazakrieg

## Heftiger inner-rechter Symbolkonflikt zu Israel/Palästina

Der Großteil der extremen Rechten positioniert sich zum realen militärischen Konflikt eher mit einer national-neutralistischen Position. Alle Demonstrationen für eine Seite werden abgelehnt, da sowohl pro-israelische als auch pro-palästinensische Kräfte „ihren Konflikt gefälligst woanders austragen“ sollten. Die Wochenzeitung ‚Minute‘ titelte am vergangenen Mittwoch (14. Januar 9): „Ob sie nun für Israel oder die Hamas sein mögen: Solle sie dort unten kämpfen!“ Auch ein Kom-

Zu Zusammenstößen kam es, vor diesem Hintergrund (angesichts der Haltung eines Großteils des rechtsextremen Milieus) in Nizza, einer Stadt mit starker kolonialer und rechtsextremer Tradition. Eine pro-palästinensische Demonstration Anfang Januar 09, bei der vor allem arabischstämmige Personen waren, wurde von Balkonen aus mit Gegenständen beworfen. Daraufhin kam es zu Unruhen, bei denen unter anderem die Polizei angegriffen wurde. Am vorletzten Samstag (17. Januar)



Demonstration in Köln am 10. Januar

Foto: [www.arbeiterfotografie.com](http://www.arbeiterfotografie.com)

muniqué der ‚Nouvelle Droite Populaire‘ (NDP), einer am 1. Juni 2008 gegründeten (Rechts-)Abspaltung vom FN, weist in diese Richtung. Im Namen der neuen Kleinpartei, die ungefähr mit dem – inzwischen gescheiterten – Sammlungsversuch der ‚Deutschen Liga für Volk und Heimat‘ (DLVH) in den 1990er Jahren verglichen werden kann, fordert ihr „Generalbeauftragter“ Robert Spieler in einem Kommuniqué vom 12. Januar 09: „Weder israelische Flaggen noch palästinensische Fahnen!“ Jedenfalls nicht auf französischen Straßen. In dem Kommuniqué, das durch den elsässischen Rechtsradikalen Robert Spieler – der übrigens am 18. Januar auch in Deutschland bei ‚Pro Köln‘ zu Gast war – gezeichnet wurde, heißt es ferner: „Dieser Konflikt, der in nichts weder Frankreich noch Europa betrifft, erlaubt es den Anhängern fremder Interessen, auf unseren Boden Hass und Gewalt zu importieren.“ Die zu inkriminierenden Kräfte seien „französischer Staatsbürgerschaft, Moslems für die Einen, Juden für die Anderen.“

(17. Januar) wurde eine neuerliche pro-palästinensische Demonstration verboten – ebenso wie eine dagegen gerichtete der rechtsradikalen „Identitaires“, die unter dem Motto stand: „Herren bei uns!“ (Maîtres chez nous!) und: „Überlassen wir unsere Stadt nicht dem Gesocks!“ (Vgl. <http://www.nicematin.com/ra/cotedazur/168420/alpesmaritimes-manifestations-a-nice-le-same-di-de-tous-les-dangers>) Beide Demos fanden dennoch statt, trotz Verbots, jedenfalls kurzzeitig. Und die jeweiligen Unterstützerguppen skandierten einander wechselseitig zu: „Wir sind hier zu Hause!“

Die nationalrevolutionäre Strömung innerhalb der extremen Rechten und der – ehemals linke, jetzt nach rechtsaußen gewendete – Demagoge Alain Soral propagieren hingegen eine klar antiisraelische Ausrichtung. Um die Dinge auf die Spitze zu treiben, riefen Soral und eine nationalrevolutionäre Website seit einer Sitzung des „Nationalen Büros“ der Vereinigung Alain Sorals – ‚Egalité & Réconciliation‘ – vom 12. Januar nun auch explizit zur Teilnahme an Demonstrationen auf. Im Auge hatten sie dabei vor allem die pro-palästinensische Großdemo vom Samstag, den 24. Januar in Paris – wo sie freilich aus Sicht der Veranstalter ausdrücklich unerwünscht waren. (Vgl. Kommuniqué: <http://cccforum.propagande.org/viewtopic.php?f=2&t=5723&sid=ec59857937a4dcde3b78b993a64a6730>) Vor Ort waren jedoch dann keine Rechtsextremen optisch auszumachen, es dominierten linke Kräfte einerseits und arabisch-muslimi-

sche Demonstranten andererseits. Entweder sind die Rechtsextremen in nur kleiner Zahl aufgetreten und hatten sich geschickt getarnt, oder aber – was wahrscheinlicher ist – sie zogen es letztlich doch vor, nicht aufzutreten. Zu antijüdischen Hassausbrüchen kam es vereinzelt auch bei dieser Demonstration, sie gingen jedoch auf arabisch-nationalistische Stimmungen oder moslemische/islamistische Milieus und nicht auf rechtsextremen Antisemitismus zurück.

Aus Bordeaux vermeldete Indymedia einen Versuch der Anhänger dieser Fraktion, eine Demonstration zu unterwandern. Dort tauchten am 10. Januar ein Dutzend von Mitgliedern der Vereinigung Alain Sorals, „Egalité & Réconciliation“, in der Demonstration auf (vgl. <http://grenoble.indymedia.org/index.php?page=article&filtre=0&droiteA=0&numpageA=1&id=8642>). Aus dieser Ecke kamen auch schon andere Provokationen. So wurde eine Fake-Nachricht per E-Mail weit verbreitet, wonach angeblich die Jüdische Studentenunion (UEJF) sich zu einem Attentat auf

die venezolanische Botschaft in Paris bekannt habe, nachdem Venezuela und Bolivien die israelischen Botschafter abberufen hatten. Barer Unsinn, aber mancher Empfänger hat es vielleicht auf den ersten Blick geglaubt. Die Nachricht kam aus dem nationalrevolutionären Milieu.

Ein Verbündeter Alain Sorals, der schwarze Antisemit Dieudonné (vgl. dazu Artikel in AN 01/2009), war zwar auf der Pariser Demo vom 10. Januar 2009 durch die Veranstalter unerwünscht. Auf der Place de la Nation, wo die Demo sich am Abend auflöste, ließ er sich jedoch – während die Auflösung im Gange war – am Abend blicken und dabei filmen, wie er zu einigen Anhängern sprach. (Vgl. [http://www.lexpress.fr/actualite/societe/dans-la-manifestation-parisienne-contre-la-guerre-a-gaza\\_730661.html](http://www.lexpress.fr/actualite/societe/dans-la-manifestation-parisienne-contre-la-guerre-a-gaza_730661.html)) Auch die Anhänger der von Schwarzen getragenen Rassisten- und Antisemitensekte „MDI“ („Bewegung der Verdammten des Imperialismus“, früher „Tribu Ka“), und ihres Anführers „Kémi Séba“, ließen sich blicken und fotografieren – konnten aber

zunächst von Außenstehenden nicht identifiziert werden.

Der ‚Mouvement des damnés de l’impérialisme‘ verbreitete in einem Kommuniqué ausdrücklich Dreck wie den folgenden: „Der MDI wagt es zu sagen: Gaza (gemeint: der Krieg um Gaza) ist schlimmer als die Shoah.“

Repräsentativ für einen Querschnitt dieser Demonstrationen waren und sind diese Gruppierungen bestimmt nicht. Angesichts des herrschenden riesigen Ausmaßes an politischer Konfusion (mehrere, von arabischstämmigen Immigranten getragene, Plakate und Schilder setzten Israel und NS-Deutschland, Massaker in Gaza und Auschwitz/den Holocaust, oder auch Davidstern und Hakenkreuz umstandslos in eins), angesichts der vereinzelt aber vorhandenen Hassrufe gegen Juden – als solche – und der drohenden Ethnisierung des Konflikts können sie sich aber „mit Recht“ angezogen fühlen. Die Aufgabe für AntifaschistInnen ist entsprechend riesig.

*Bernhard Schmid, Paris* ■

Aus Schaden werde man klug – behauptet zumindest der Volksmund. Dass diese Lebensweisheit nicht immer und für jeden zutrifft, beweist seit einigen Tagen die Rassistentruppe von pro Köln. Noch nicht ganz erholt von der Blamage im vergangenen September und den bisher drei „Mahnwachen“ vor der DITIP-Moschee an der Venloer Straße, die nicht nur im weitge-

hend menschenleeren, von der Polizei abgesperrten Raum stattfanden, sondern noch dazu der massiven Hilfe sächsischer Migranten bedurften, kündigen Manfred Rouhs und seine Gesinnungsgenoss(inn)en seit einigen Wochen den nächsten „Antiislamisierungskongress“ an, der am 9. und 10. Mai auf

dem Roncalliplatz stattfinden soll.

Völlig lernunfähig sind die Veranstalter allerdings nicht: Wurden bei der ersten Auflage noch vollmundig fast die gesamte europäische Rechtsprominenz als Teilnehmer angekündigt, wobei sich dann herausstellte, dass der Franzose Le Pen nach eigener Aussage sein Kommen niemals zugesagt hatte und der angekündigte britische Neonazi Nick Griffin den Einladern nach einer heftigen öffentlichen Reaktion peinlich wurde, gibt sich

## Rassistenkongress:

# Auch der zweite Versuch darf nicht gelingen!

pro Köln diesmal recht wortkarg. Es steht allerdings zu befürchten, dass auch im Mai zumindest der Vlaams Belang und die österreichische FPÖ das Vorhaben unterstützen werden.

Als besondere Provokation muss der Termin des angekündigten Spektakels gesehen werden: Nur einen Tag nach dem 64. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus wollen die neuen Faschisten erneut in Köln aufmarschieren und damit die heiße Phase ihres Kommunalwahlkampfes einläuten. Nach dem blamabel gescheiterten ersten Versuch wird die Öffentlichkeit bundesweit genau registrieren, wie die Kölner(inn)en diesmal reagieren und wie viel antifaschistische Kraft sie aufbringen werden. Aus diesem Grund bereiten sich viele derjenigen, die gemeinsam dafür sorgen, dass der erste Versuch eines europäischen Rassistenkongresses bereits im Ansatz verhindert wurde, schon jetzt auf die zweite Runde vor.

Sowohl das „Bündnis gegen Pro Köln“, das im Herbst die Blockade des Heumarktes organisiert hatte, als auch „Köln stellt sich quer“, ein loser Zusammenschluss vieler Organisationen und Einzelpersonen, haben bereits angekündigt, wieder gegen die Rassisten aufzutreten.

Noch ist es zu früh, um über Einzelheiten der geplanten Gegenaktivitäten zu berichten. Wichtig ist allerdings bereits

jetzt, sich den Termin 9. und 10. Mai freizuhalten. Antifaschist(inn)en aus Köln und weit darüber hinaus haben die erste Großaktion von pro Köln zum blamablen Schlag ins Wasser werden lassen und damit die Messlatte sehr hoch gelegt. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass Rouhs, Beisicht und ihren Freunden auch im Mai zigtausendfach klargemacht wird, dass sie unerwünscht sind. Auch der zweite „Kongress“ darf nicht stattfinden – weder auf dem Roncalliplatz, noch anderswo. *tri* ■

Wie pro Köln auf seiner Website seit einigen Tagen ankündigt, hat der Europaabgeordnete Carl Lang sein Kommen zugesagt, angeblich mit einer großen Delegation. Lang tritt inzwischen mit einer eigenen Liste zur Europawahl an (siehe AN24-08). Von 1988 bis 1995 und von 1999 bis 2005 war er Generalsekretär beim FN. Der Kölner Stadt-Anzeiger berichtete, dass die Polizei den Barmer Platz als Versammlungsort für Pro Köln vorgeschlagen hat. Der Platz, vor der Kölner Messe gelegen, grenzt rückwärtig direkt an den Bahnhof Köln-Deutz. Angesichts der zu erwartenden Proteste gegen den sog. Anti-Islamisierungskongress soll wohl auf diese Weise sicher gestellt werden, dass die ankommenden Rechtsextremen vom Bahnhof aus direkt auf den Platz geleitet werden können. Ob pro Köln den Vorschlag akzeptiert, bleibt abzuwarten. Bis jetzt scheinen sie entschlossen zu sein, sich auf den Roncalliplatz zu klagen.



# Hamburger Worch-Gefährte neuer Chef der DVU – Eine neue Qualität?

**Der 37-jährige Matthias Faust aus Hamburg wurde am 11. Januar zum neuen Bundesvorsitzenden der neofaschistischen DVU gewählt. Dr. Gerhard Frey, der kurz vor seinem 76sten Geburtstag steht, trat angeblich aus Alters- und Krankheitsgründen zurück.**

Stellvertretende Bundesvorsitzende wurden der Rechtsanwalt Ingmar Knop, Dr. Thomas Mehnert und der altgediente Hans Weidenbach. Gerhard Frey hatte die DVU ursprünglich als überparteiliche Sammlungsbewegung 1971 gegründet und 1987 in eine Partei überführt. Die DVU war bisher eine Phantompartei mit einem sehr kleinen Funktionärsanteil, in totaler politischer und finanzieller Abhängigkeit von



Gerhard Frey, und bestand im Wesentlichen aus den LeserInnen der altbackenen Nationalzeitung.

**Matthias Faust – Bäumchen wechsel dich**

Matthias Faust ist erst seit dem Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg DVU-Mitglied. Der Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl, hatte noch 2005 Frey und die DVU heftig kritisiert und war bis November 2006 „Aufbaubeauftragter“ eines neu zu gründenden Landesverbandes der Republikaner gewesen. Der alte Hamburger REP-Verband hatte sich Anfang 2005 in die NPD aufgelöst. Als der REP-Landesverband Bremen im Herbst 2006 zu einer Antifa-Demo aufrief, wechselte Faust ebenfalls zur NPD. Da er hier aber die ehemalige NPD-Landesvorsitzende Anja Zysk unterstützte, musste er im Frühjahr 2007 austreten. Nach gut einem Jahr DVU-Mitgliedschaft wurde er nun vor Kurzem außerdem Landesvorsitzender der Hamburger DVU.

Seit der Bürgerschaftswahl hat sich das Verhältnis von Matthias Faust zur NPD und zu den Freien Nationalisten wieder deutlich entspannt. Über Torsten de Vries, einen militanten Neonazis, mit dem er damals Streit hatte, schreibt er z.B.: „Friese ist ein guter und ehrlicher Kamerad, auf den man sich verlassen kann.“ Und umgekehrt gratulierte ihm jener zur Wahl zum Bundesvorsitzenden. Ein besonders gutes

Verhältnis pflegt Faust aber zu Christian Worch, der ihn schon seit Ende 2006 unterstützt. Erst im November 2008 nahmen beide an einem Aufmarsch im niedersächsischen Essel teil.

Eine gute Beziehung hat Faust auch wieder zur örtlichen NPD unter Jürgen Rieger. Der neue DVU-Chef nahm im letzten Jahr nicht nur am Bundesparteitag der NPD und dem Naziaufmarsch am 1. Mai teil, sondern machte mehrere Saal-Veranstaltungen mit Funktionären der NPD. Die Beziehungen des eloquenten und sympathisch wirkenden gelernten Versicherungskaufmanns (früher bei der Hamburg-Mannheimer) sind in Hamburg und wahrscheinlich auch darüber hinaus sehr gut.

## Ein Wandel bei der DVU?

Es ist sicherlich schwierig, jetzt schon sichere Prognosen über die Zukunft von Faust und der DVU abzugeben. Viele Beobachter und auch viele Neonazis glauben aber, dass unter Faust eine Annäherung an die NPD und die Kameradschaftsszene stattfindet. Was sind also die Ausgangsbedingungen?

1. Die DVU war immer bei Gerhard Frey hoch verschuldet – dies erhielt die Abhängigkeit von seiner Person. Ein Putsch war damit fast ausgeschlossen.

2. Die DVU ist eine Phantompartei ohne aktive Mitglieder und mit sehr wenigen Funktionären. Es gibt keine Schulungen, kein Parteileben, kein offizielles Parteiorgan – die Nationalzeitung gehört Frey.

3. Bis nach der Bundestagswahl im September ist die DVU im Deutschlandpakt mit der NPD verbunden. Die Wahlabsprachen dürften bleiben – nur in Thüringen tritt nun die NPD statt der DVU an.

4. Das Funktionärspersonal bleibt auch nach dem Parteitag dasselbe wie unter Frey. Die im Vergleich zur NPD biedere, auf ein konservatives Image bedachte Basis natürlich auch.

Matthias Faust muss also zuerst sehen wie er zu Geld kommt. Kann er keine neuen Ressourcen erschließen, dann bleibt die DVU eine Phantompartei. Wahrscheinlich wird sie dann sogar schnell weiter Mitglieder verlieren – sie ist jetzt schon vollkommen überaltert. Bekommt die DVU weiterhin Geld von Frey oder dessen Erben, so bleibt die Abhängigkeit. Ein Bündnis unter Einschluss der radikalen Kräfte aus den Kameradschaften ist dann aber unwahrscheinlich. Auch wenn Faust sich momentan noch alle Optionen offen halten kann und will.

Es bleibt also die weitere Annäherung an die NPD, wahlmöglich sogar mittelfristig eine Fusion der beiden Parteien, ohne die extreme NS-Szene. Unter dem jetzigen Vorsitzenden Voigt wäre dieses ebenso möglich wie auch unter einem neuen wie Andreas Molau. Nur mit dem NS-Apologeten und Choleriker Jürgen Rieger als NPD-Vorsitzendem gäbe es wahrscheinlich Probleme. Allerdings wird Rieger im April, trotz seines Geldes, wohl auch kaum zum neuen NPD-Vorsitzenden gewählt. Die schlimmste Variante wäre sicherlich, wenn NPD und DVU eine gemeinsame Partei bilden und ein Teil des Frey'schen Vermögens zur Finanzierung dient. Selbst wenn dann einige neonazistische Kameradschaften die „Volksfront“ aufkündigen würden, würde damit auch im Westen der BRD die neofaschistische Formierung eine neue Qualität bekommen.

Felix Krebs ■

## Neonaziszene will in Budapest aufmarschieren

Ungarn. Nach fast einjährigem Prozess hat das Budapester Stadtgericht den Trägerverein der rechtsextremen Magyar Garda – der Ungarischen Garde – aufgelöst. Die paramilitärische Garde wurde wie auch die Partei „Jobbik“ (zu deutsch „Die Besseren“) von dem 29-jährigen Gabor Vona angeführt. Die Organisation (gegründet 2003) machte in den letzten Jahren immer wieder Schlagzeilen mit ihrem Rückgriff auf die Symbole der ungarischen faschistischen Pfeilkreuzler, mit martialischer Angst einflößenden Aufmärschen und Heizekampagnen gegen Minderheiten (vor allem gegen „kriminelle Zigeuner“ und Homosexuelle). Es kam auch zu brutalen Übergriffen.

Dass nach wie vor Zweifel an der Durchsetzung des Gerichtsbeschlusses angemeldet werden müssen, ist auch an der Tatsache zu erkennen, dass am 14. Februar die ungarische und ausländische Neonaziszene wieder in Budapest aufmarschieren wollen. Für den „Tag der Ehre“ (zur Erinnerung an den Ausbruchversuch ungarischer Truppen und Einheiten der Waffen-SS am 10. Februar 1945 aus dem Einschließungsring der sowjetischen Armee um das Burgviertel) sind Redner aus Ungarn, Dänemark, Tschechien, Schweden und der BRD angekündigt. Ungarische und ausländische Skinhead-Bands sollen zu einem „Gedenkkonzert“ aufspielen.

aus Newsletter BAG Antifaschismus DIE LINKE 1-2009 ■

**BONN/KOBLENZ/MAINZ** - Ungeachtet andauernder Widerstände der Deutschen Bahn AG, die dem „Zug der Erinnerung“ weitere Zwangsgebühren in Höhe mehrerer zehntausend Euro angedroht hat, beschloss die Bürgerinitiative jetzt einen neuen Fahrplan für das Gedenken. Erste Station der kommenden Strecke wird am Montag, 2. März, die Bundesstadt Bonn sein. Dort hat die „Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus“ und eine Initiative von vielen Bonner Organisationen



Hinzert bei Trier

und Institutionen den Zug zu einem viertägigen Aufenthalt eingeladen. Unterstützt wird der Aufenthalt von der Bundesstadt Bonn mit ihrer Oberbürgermeisterin. Die Gedenkstätte entwirft zur Zeit ein Rahmenprogramm – gemeinsam mit der Initiative, der u.a. das Stadtarchiv, die VHS, die Initiative gegen Fremdenhass (Bonn-Beuel), der DGB-Region Bonn und mehrere kirchliche Organisationen (Evangelisches Forum Bonn, Katholisches Bildungswerk) sowie die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und die Synagogengemeinde Bonn angehören.

Nach dem viertägigen Aufenthalt in Bonn wird der Zug am 6. März in Koblenz eintreffen, der ersten Station in

# Fahrt des Gedenkens „mit europäischer Dimension“

**Streckenplanung von März bis Juni 2009 fertig gestellt**

Rheinland-Pfalz. Hier unterstützt die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) an sämtlichen Haltepunkten die Ausstellung (nach Koblenz auf den Bahnhöfen von Mainz, Worms, Ludwigshafen und Speyer).

Die LpB unterhält die Gedenkstätten Osthofen und Hinzert. Osthofen war eines der ersten Konzentrationslager, dessen Einrichtung der berühmte NS-„Staatskommissar für das Polizeiwesen“, Werner Best, anordnete. Nach Osthofen (bei Worms) ließ der SS-Obergruppenführer ab März 1933 sogenannte Schutzhäftlinge verschleppen. Best, später NS-Statthalter im okkupierten Dänemark, wurde 1948 in Kopenhagen zum Tode verurteilt, aber aufgrund westdeutscher Interventionen in die Bundesrepublik abgeschoben. Sämtliche Bemühungen, ihn wegen seiner Verbrechen einer angemessenen Strafe zuzuführen, scheiterten an der deutschen Nachkriegsjustiz.

Hinzert (bei Trier) ist ein ehemaliges SS-Sonderlager, in dem nach Kriegsbeginn Gefangene aus den von Deutschland okkupierten Staaten festgehalten und ermordet wurden. „Auf Grund seiner Funktionen im nationalsozialistischen KZ-System hatte das Lager eine europäische Dimension... Große Häftlingsgruppen kamen vor allem aus Luxemburg. Die meis-



Osthofen

ten Widerstandskämpfer dieses Landes ließ die Gestapo im nahe gelegenen Lager Hinzert einsperren. Umfangreiche Transporte von Häftlingen kamen auch aus Frankreich, Polen und der Sowjetunion... Die Gefangenen aus Westeuropa waren zumeist politische Widerstandskämpfer. Bei den osteuropäischen Häftlingen handelte es sich überwiegend um nach Deutschland verschleppte Zwangsarbeiter“ (<http://www.politische-bildung-rlp.de/hinzert.html>). Unter den Verschleppten befanden sich auch 13-Jährige. Der Zuglaufplan:

- 2. März bis 5. März: Bonn
- 6. März bis 8. März: Koblenz
- 9. März bis 12. März: Mainz
- 13. März bis 15. März: Worms
- 16. März bis 18. März: Ludwigshafen
- 19. März bis 21. März: Speyer

[www.zug-der-erinnerung.eu](http://www.zug-der-erinnerung.eu) ■

## Nein zum Krieg! Nein zur NATO!

Auch ohne Horst Teltschik wird die „Sicherheitskonferenz“ 2009 in München stattfinden und zwar vom 6.-8. Februar im Bayerischen Hof. Erneut ist ein breites Bündnis aus pazifistischen, sozialen, globalisierungskritischen und antikapitalistischen Gruppierungen unterwegs, um die Aktionen gegen die SiKo zu organisieren und zu unterstützen. Am Samstag, 7.2.09, wird wieder eine große bundesweite Demo in München stattfinden.

### Aus dem Aufruf des Vorbereitungskreises

„Sie reden von „Sicherheit“ und „Humanität“, doch ihre Politik hat Krieg, Folter und globale Militarisierung zur Folge. Anfang April 2009 will die NATO in Strasbourg und Baden- Baden ihren 60. Geburtstag feiern. Sie beabsichtigt, ein neues strategisches Konzept zu verabschieden, das wie das bisherige der Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung dient und den ungehinderten Zugang zu den

Rohstoff- und Energievorräten der Welt mit militärischer Gewalt zu sichern versucht. In Zeiten sich verknappender Rohstoffe, einer erstarkenden Weltmarktkonkurrenz durch China, Indien und Russland sowie des steigenden Selbstbewusstseins in Regionen wie z.B. Lateinamerika wächst die Bedeutung dieser Strategie. Die NATO schließt dabei weder Präventivkriege noch den Ersteinsatz von Atomwaffen aus. In der Bundesrepublik lagern US-Atomwaffen im rheinland-pfälzischen Büchel.

Die NATO-Staaten verantworten rund 75 % der weltweiten Rüstungsexporte und geben jährlich ca. 900 Mrd. Euro für Rüstung aus. Lediglich 10 % davon würden ausreichen, um die Armut auf der Welt zu halbieren. Das würde in der Tat mehr „Sicherheit“ und „Humanität“ bedeuten. Bewusst werden diese immensen Rüstungsausgaben in immer neue Waffensysteme und Rüstung gesteckt, um die Vorherrschaft in der Welt zu sichern. (...)

NATO-Staaten, allen voran die USA, führen weiterhin Krieg im Irak. Deutsch-

land ist mit der US-Airbase in Ramstein die logistische Drehscheibe des Einsatzes. Die weltweiten Kriege, die Folgen des Klimawandels und eine zunehmende Verarmung führen zu immer größeren Flüchtlingsströmen. Die Antwort der NATO-Staaten und der EU ist eine Abschottungspolitik, die den Tod vieler Flüchtlinge, darunter auch Deserteure, in Kauf nimmt. Im Inneren wird diese Politik flankiert durch die Verabschiedung diskriminierender AusländerInnengesetze und Abschiebungen. Flucht und Emigration sind Folgen von Krieg, Besatzung, Elend, Hunger, Folter, Umweltzerstörung. Diese Ursachen müssen bekämpft werden, nicht deren Opfer.

In Afghanistan geht die Allianz immer aggressiver und rücksichtsloser vor. Hier zeigt sich auch immer deutlicher, was Besatzungstruppen bewirken: Sie brutalisieren die Gesellschaft, schaffen mehr Elend und mehr Bombentote. Es ist davon auszugehen, dass auch unter dem neuen US-Präsidenten der Druck auf Deutschland er-

hört wird, noch mehr Soldaten nach Afghanistan zu schicken.... Der „Krieg gegen den Terror“ wird aber nicht nur in Afghanistan geführt, sondern auch zu Hause. Kriege in aller Welt gehen mit einem ständigen Demokratieabbau im Inneren und einer fortschreitenden Aushöhlung des Grundgesetzes einher. Mit sogenannten „Sicherheitsgesetzen“ werden Grundrechte ausgehebelt und Vorratsdatenspeicherung, Ausspionieren privater PCs und eine allgegenwärtige Überwachung „legalisiert“. (...)

Wir können und dürfen die Augen vor den verheerenden Folgen dieser Politik nicht verschließen. Sie steht für die Enttabuisierung des Militärischen in unserer Gesellschaft. Sie steht für Krieg, Verschleuderung von Ressourcen, Sozialabbau und steigende Rüstungsetats. Sie steht für eine aggressive Ideologie der Feindbilder und eine Einschränkung von Freiheitsrechten.

Weltweit lehnt die Mehrheit der Menschen Kriege ab. Das Ende der NATO, ein Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan und anderen Regionen und eine Abkehr von der Militarisierung Europas wären Schritte zu einer friedlichen Welt. Die NATO will genau das Gegenteil. Daher rufen wir zu gemeinsamen, bunten und vielfältigen Aktivitäten gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden auf. Mit Demonstrationen, Konferenzen, Camps, Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams – wie Umzingelungen, Blockaden usw. – wollen wir ein Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik der NATO setzen. Eine Welt ohne NATO ist nötig!

#### **Aus dem Aufruf der Anarchistischen Gruppe/Rätekommunisten (AG/R):**

(...) Zwar wird von der Friedensbewegung der Rückzug der BRD-Truppen aus Afghanistan und manchmal auch die Auflösung der NATO gefordert, doch darin erschöpft sich zumeist die Kritik am BRD-Staat. Wichtig ist uns aber, den Kapitalismus als Grundproblem zu erkennen. Da dessen Funktionsprinzip expansiv ist, führt die Erschließung neuer Märkte zu einer Kapitalisierung des gesamten menschlichen Lebens weltweit. Die militärische Absicherung globaler Vorrechte der westlichen Industriestaaten und ihrer Konzerne – vor allem in Hinsicht auf aktuelle Krisensituationen – stellt die Wehrhaftigkeit des Kapitals gegenüber den Ausgebeuteten im globalen Maßstab dar. Sind auch die Interessen der einzelnen Akteure in Teilbereichen different, liegen den NATO-Staaten doch erhebliche Gemeinsamkeiten zugrunde, wie der Wunsch

► nach einer Absicherung des Status Quo, sprich die Aufrechterhaltung des freien Zugangs zu Nationalökonomien für das Kapital weltweit (bzw. dort, wo das nicht gewährleistet ist, die Herstellung dieses Zugangs),

► nach der Beherrschung ökonomisch wichtiger Regionen (z.B. um die Ölversorgung abzusichern)

► oder nach einer Niederhaltung jedweder Bestrebungen, die die Herrschaft des Kapitals auch nur partiell in Frage stellen.

Hierin herrscht Einigkeit unter den NATO-Staaten, bei gleichzeitigen Differenzen im Detail oder in Fragen des optimalen Vorgehens. Es gibt aber auch eine innerimperialistische Konkurrenzsituation im wesentlichen zwischen den USA und den EU-Staaten, teilweise auch mit Japan, China oder Russland, die immer wieder zu Streitigkeiten führen, die nicht militärisch ausgetragen werden, sich aber in unterschiedlichen Vorgehensweisen ausprägen (z.B. beim Irak-Krieg, in wirtschaftlichen Fragen wie der Regulierung der Finanzmärkte oder dem Euro als Kampfansage an den Dollar als Weltleitwährung). Latent ist Kerneuropa um Deutschland und Frankreich in dieser Konkurrenz ökonomisch am längeren Hebel und hat daher das Interesse, per wirtschaftlicher Durchdringung vorzugehen und internationale Beziehungen zu verrechtlichen, im Wissen um die eigene militärische Schwäche, verglichen mit den USA. Die USA setzen auf ihre militärische Stärke, um ihrem Kapital exklusiveren Marktzugang zu sichern.

Die EU will aus ihrer relativen militärischen Handlungsunfähigkeit (wodurch sie häufig auf die USA angewiesen bleibt) herauskommen und ihre Militärkapazitäten ausbauen. (...)

#### **Helden und Gefallene**

Nach den Konsequenzen aus dem verlorenen Weltkrieg und einer enorm großen Friedensbewegung in den 80er Jahren hat es die Bundesregierung schwer, die Bevölkerung der BRD auch mental kriegsfähig zu machen. Sie hat es daher, obwohl der Krieg in Afghanistan für die deutsche Bevölkerung fern ist, nötig, von „Helden“ und „Gefallenen“ zu sprechen. Dies liegt sicher nicht in erster Linie an der zunehmenden Zahl von Soldaten, die nur noch im Sarg nach Deutschland zurück gebracht werden können, sondern an der weiteren Einstimmung der Bevölkerung auf Kriege. (...)

#### **Revolution oder Reform**

„Linke“ Parteien, Gewerkschaften und alle möglichen systemkonformen Verbände versuchen heute schon, Protest zu kanalisieren und militanten Widerstand zu denunzieren (wie es rund um Heiligendamm 2007 zu beobachten war), sie erklären sich zu Sachwaltern der Antiglobalisierungs- oder der Antikriegsbewegung. De facto stabilisieren sie dadurch das herrschende System. Aufrufe werden abgeschwächt, ein bisschen Antifaschismus, ein bisschen Antirassismus, ein bisschen Pazifismus gehört zum Erlaubten und dabei soll es bleiben. Der Kapitalismus – mit allen seinen Widerlichkeiten – wird von der Kritik weitgehend ausgeklammert.

(...) Raus aus Afghanistan würde nichts an der grundsätzlichen Politik und den weltweiten Ausbeutungsverhältnissen ändern. Auch eine Auflösung der NATO reicht uns nicht. Wir wollen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschaffen. Wir wollen alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein geknechtetes, erniedrigtes Wesen ist, umwälzen.

Soziale Revolution ist für uns die selbstorganisierte Revolution der Ausgebeuteten, Erniedrigten und Unterdrückten, bei der alle Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse niedergerissen werden – ohne von neuen ersetzt zu werden, ohne von Parteien, Gewerkschaften oder anderen Verbänden vertreten oder geführt zu werden!

Die Münchner Sicherheitskonferenz, die mit dem neuen Veranstalter Ischinger noch mehr als früher zu einer Regierungsinstitution wird, und auch die NATO, die nichts anderes als ein Kriegsbündnis ist, stößt auf unseren Widerstand.

Gegen Krieg und Kapital! Sofortige Auflösung von NATO, EU und Bundeswehr. Vom internationalen Klassenkampf zur weltweiten sozialen Revolution! Alle Macht den Räten!

AG/R (Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten), AnaRKomM (Anarchistinnen/RätekommunistInnen München), Januar 2009 ■

vollständig unter:  
<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agr/>

### PRO ASYL zur Asylstatistik 2008 – fast so viele Widersprüche wie Anerkennungen

BERLIN. Die jetzt veröffentlichte Asylstatistik des Bundesministeriums des Innern für das Jahr 2008 zeigt: Relativ wenigen Asylsuchenden gelingt die Flucht nach Deutschland. Die Neuantragszahlen bewegten sich 2008 nur geringfügig über dem historischen Tiefstand des Jahres 2007 (19.164). 22.085 Asylanträge, die 2008 in Deutschland gestellt wurden, sind angesichts von 67.000 Menschen, die die EU-Staaten allein über See erreicht haben (UNHCR-Statistik) eine geringe Zahl. Selbst nach Einschätzung des BMI ist dies ein niedriges Niveau.

Die tatsächliche Zahl der zur Asylantragstellung nach Deutschland eingereisten Personen ist sogar noch geringer. Rund zehn Prozent aller Erstanträge wurden im Jahr 2008 nämlich von Amts wegen für in Deutschland neugeborene Kinder von Asylantragstellern gestellt.

Wem es im Jahr 2008 gelungen ist, Deutschland zu erreichen, dem boten sich bessere Chancen, Schutz zu erhalten, als in den Vorjahren. Das Bundesamt hat im Jahr 2008 20.817 Entscheidungen getroffen. Dabei betrug die Gesamtschutzquote 2008 unter Einbeziehung der Folgeanträge 37,7 % (2007: 27,5 %). In absoluten Zahlen: 2008: 7.848, 2007: 5.724 positive Entscheidungen.

Die relativ hohe Anerkennungsquote ergibt sich zum großen Teil daraus, dass knapp ein Drittel aller Asylsuchenden aus dem Irak kommt. Irakische Asylantragsteller wurden zu ca. 78 % anerkannt. Hohe Anerkennungsquoten gibt es auch bei Afghanistan (ca. 45 %), beim Iran (ca. 37 %), bei der Russischen Föderation (ca. 22 %) und Syrien (ca. 19 %).

Ungebrochen ist der Boom der Widerrufsverfahren gegen einen früher einmal gewährten Flüchtlingsstatus. Von Januar bis Oktober 2008 wurden in 31.000 Fällen entsprechende Widerrufsüberprüfungen eingeleitet und rund 30.000 Entscheidungen getroffen. In mehr als 5.800 Fällen führte dies auch zum Widerruf der Flüchtlingseigenschaft oder des anderweitigen Schutzes. Auf das gesamte Jahr 2008 hochgerechnet hat es damit etwa so viele Widerrufe gegeben wie Flüchtlingsanerkennungen.

Das Kalkül dieser Regierungskoalition ist ein etwas anderes als das der rot-grünen Vorgänger. War unter Bundesinnenminister Schily das Asylverfahren auf dem Weg zu Anerkennungsquoten nahe Null und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu „Schilys Resterampe“ verkommen, so hat Bundesinnenminister Schäuble immerhin erkannt, dass die Diskrepanz zwischen Menschen-

rechtskrisen und politischer Verfolgung in vielen Staaten und einer Politik der Nullanerkennung hierzulande evident ist.

Die in den letzten Jahren verbesserten Anerkennungsquoten sind dennoch nur eine Seite der Medaille. Von mehr Fairness im Asylverfahren lässt sich nur sprechen, wenn man Deutschlands zentrale Rolle bei der Abschottung Europas und der Fluchtverhinderung ebenso ausblendet wie die geölte Maschinerie der Widerrufsverfahren. Im EU-Verbund setzt Deutschland alles daran, dass immer weniger Flüchtlinge die Außengrenzen der EU erreichen. Wo solches nicht verhinderbar ist, werden die Folgen weiterhin den EU-Staaten aufgebürdet, in denen die Mehrzahl der Flüchtlinge strandet.

Mit der zunehmenden Zahl von Widerrufsverfahren ist selbst der Status anerkannter Flüchtlinge prekärer denn je. Statt einer sicheren Perspektive in Deutschland droht vielen Flüchtlingen der Drehtüreffekt.

Ein fairer, gar generöser Umgang mit Schutzsuchenden sieht anders aus.

*Quelle: proasyl Presseerklärung  
13. Januar 2009* ■

### Flüchtlingsorganisationen fordern Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen

Auch nach Inkrafttreten des (labilen) Waffenstillstands ist die Forderung der Flüchtlingsorganisationen an die Bundesregierung weiterhin aktuell:

Nach 18-monatiger Blockade des palästinensischen Gaza-Streifens führt Israel dort seit Jahresbeginn einen unter der Zivilbevölkerung opferreichen Krieg gegen die palästinensische Hamas. Mit der blutigen Gewaltspirale einhergehend ist ein humanitärer Notstand ausgebrochen. Die Regionalbeauftragte der Caritas beklagt die Lage tausender ausgebombter Menschen: „Es gibt kein Wasser, keine Milch, kein Mehl, keinen Strom, keine Häuser, keine Decken.“

Das IKRK stellt fest, dass Verletzten wegen fehlender Garantien der Militärs kein ungefährdeter Zugang zu den Krankenhäusern mehr zugesichert werden kann. Medico International berichtet, dass auch Ambulanzen oder Gebäude der UN, in denen Flüchtlinge Zuflucht gesucht haben, beschossen werden. Die wenigen Hospitäler und Gesundheitszentren sind nach blockadebedingter 18-monatiger Mangelwirtschaft jetzt mit dem kriegsbedingten Ansturm Verletzter vollständig überlastet. Ohne Medikamente,



Betten und Wundmaterial sterben die Menschen auf Klinikfluren und in Treppenhäusern. Hilfstransporte werden nicht durchgelassen oder sogar beschossen.

Doch für 1,6 Millionen Menschen gibt es in der Ruinenwüste des Gaza-Streifens keinerlei „inländische Fluchtalternative“. Sowohl Israel als auch Ägypten regeln die Grenzen hermetisch ab. Aed Yaghi von der Medical Relief Society: „Wir sitzen hier in einem Käfig und werden von allen Seiten bombardiert.“

Angesichts dieses täglich weiter eskalierenden Szenariums fordern wir die Bundesregierung auf, sich gegenüber den Kontrahenten für einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand, für die Öffnung der Grenzen zum freien Geleit für Flüchtlinge, sowie für Hilfs- und Krankentransporte einzusetzen. Die Bundesregierung wird ferner zur umgehenden Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen durch die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert.

*Landesflüchtlingsräte aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Berlin, Brandenburg, Bayern, Baden-Württemberg* ■

### Flüchtlinge brauchen Schutz, keine Abschreckung

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, die Schweizer Sektion von Amnesty International und die Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht lehnen eine weitere Verschärfung des Asylgesetzes zur Senkung der Attraktivität der Schweiz ab. Auch mit einer erneuten Revision des Gesetzes wird sich nichts an der traurigen Realität von Verfolgungen ändern. Der Schutz in der Schweiz nimmt jedoch ab.

Die neue Revision des Asylgesetzes wird als zwingend dargestellt, um die Attraktivität der Schweiz für Flüchtlinge zu senken und Missbräuche zu bekämpfen. Es gilt jedoch die Dinge beim Namen zu nennen: Die vorgeschlagenen Maßnahmen verringern den Schutz derjenigen Personen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten müssen.

Das Revisionsprojekt sieht vor, die Gewährung der vorläufigen Aufnahme in Situationen bewaffneter Konflikte oder mangelnder medizinischer Behandlungsmöglichkeiten einzuschränken – dies, obwohl im Jahr 2007 mehr als 2700 Menschen aus diesen Gründen eine vorläufige Aufnahme erhielten, was rund ein Drittel der behandelten Asylgesuche darstellt.

Deserteure sollen nicht mehr als Flüchtlinge anerkannt werden – obwohl dies unzulässig ist, wenn die Betroffenen mit schwerwiegenden Verfolgungen zu rechnen haben.

Die Möglichkeit der Schutzsuche auf einer Schweizer Botschaft soll gestrichen werden. Dank dem Botschaftsverfahren können Asylsuchende heute den Schutz der Schweiz anrufen, ohne eine lange und gefährliche Reise auf sich nehmen zu müssen und ohne illegal in unser Land zu gelangen.

Mit den geplanten Verschärfungen versucht der Bundesrat mit aller Kraft, mittels geringerer Aussichten auf Schutz, Flüchtlinge von der Einreise in die Schweiz abzuhalten. Jedoch kennen wir alle die beschränkte „abschreckende“ Wirkung solcher Verschärfungsspiralen: Die letzte Asylgesetzrevision, die 2007 und 2008 in Kraft getreten ist, hat den Anstieg neuer Asylgesuche seit Sommer 2008 nicht verhindert – ein Phänomen, das in ganz Europa gegenwärtig ist.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, die Schweizer Sektion von Amnesty International und die Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht mahnen, dass Asylsuchende um Schutz ersuchen, weil sie in ihren Herkunftsländern Gefahren ausgesetzt sind und nicht etwa, weil wir sie äußerst großzügig empfangen würden. Mit einer erneuten Verschärfung des Asylgesetzes wird man nichts an dieser traurigen Realität ändern.

Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe/Amnesty International Medienmitteilung Bern, 14. Januar 2009 ■

## MedizinerInnen gegen Abschiebungen

WÜRZBURG. Das Missionsärztliche Institut Würzburg schlägt Alarm: Immer mehr Flüchtlinge werden im Rahmen der Dublin II-Verordnung von Würzburg nach Griechenland abgeschoben – in dramatische Verhältnisse. Momentan sind mehrere IrakerInnen bedroht. Was Flüchtlinge dort erwartet, schildert der Iraker Walid Mohsin Aziz (26), der im Dezember 2008 von Würzburg aus abgeschoben wurde.

„Mir geht es sehr schlecht. Ich weiß nicht, was ich tun soll. Es gibt kein Asylheim, keine medizinische Hilfe, keine Stelle, wohin ich mich wenden kann. Ich leide sehr an dieser Situation, weiß nicht, was ich tun soll und wie mein Leben enden wird. Ich kann aber nicht in mein Land zurückgehen, dort werde ich sterben.“

Das Institut hat weiterhin Kontakt zu Herrn Aziz. Er befindet sich derweil auf Kreta und lebt mit 14 anderen irakischen Flüchtlingen in einer Garage. MitarbeiterInnen des Instituts schicken ihm Geld, von dem er sich Essen kaufen kann. Zugang zu sanitären Einrichtungen und medizinischer Versorgung hat er nicht. Im letzten Telefonat sprach er offen über Selbstmord.

Der Bayerische Flüchtlingsrat und das Missionsärztliche Institut Würzburg set-

zen sich für eine Rückkehr von Walid Mohsin Aziz ein und fordern einen Stopp der Rücküberstellungen nach Griechenland. Unterschriftenliste unter

[www.fluechtlingsrat-bayern.de](http://www.fluechtlingsrat-bayern.de)

Quelle: Flüchtlingsrat Bayern ■

## Massenabschiebung kurdischer Flüchtlinge

DÜSSELDORF. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Massenabschiebung von 150 kurdischen Flüchtlingen von Düsseldorf nach Istanbul durchgeführt. Die meisten wurden bei der Ankunft festgenommen. Wie Rechtsanwältin Yeter Kaplan erklärte, würden die Massenabschiebungen aus Kostengründen zweimal jährlich durchgeführt. Dabei seien auch Kranke aus Krankenhäusern geholt und abgeschoben worden.

2008 war für kurdische Flüchtlinge ein schweres Jahr. Zehntausende waren mit der Begründung, die Türkei habe sich demokratisiert, von Asylwiderrufsverfahren betroffen. Diejenigen, denen das Aufenthaltsrecht entzogen wurde, leben mit einer Duldung in der ständigen Gefahr der Abschiebung. 150 von ihnen wurden am 19. Dezember 2008 mit einer Chartermaschine unter hohen Sicherheitsvorkehrungen aus Düsseldorf abgeschoben. Um Widersprüche zu verhindern, sind bei solchen Flügen Mitarbeiter der Ausländerbehörde sowie Ärzte anwesend. In Deutschland leben über 150 000 Flüchtlinge mit einer Duldung.

(Yeni Özgür Politika, 20.12.08, ISKU)

Quelle: [dialogkreis.de/Nützliche Nachrichten](http://dialogkreis.de/NützlicheNachrichten) ■

## Bedrohung durch illegalisierte Migration ist großer Popanz

BERLIN. 149 illegalisierte Migranten – mehr konnten 11.100 Beamte der Bundespolizei bei einem einwöchigen Großeinsatz im Rahmen einer europaweiten „Polizeiaktion zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung und der Schleuserkriminalität“ im vergangenen Oktober nicht entdecken. Das bestätigt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 16/11442). Für Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion, steht deshalb fest: „Die angebliche Bedrohung durch illegalisierte Migration ist ein Popanz. Das zeigen die lächerlichen Ergebnisse der Polizeiaktion. Wem die Bundesregierung damit Angst machen zu können glaubt, bleibt ihr Geheimnis.“ Jelpke weiter:

„Die Antwort der Bundesregierung legt nahe, dass es sich bei der Aktion nur um einen versuchten Mediengag handelte. Demnach erfolgten sämtliche Einsatzmaßnahmen der Bundespolizei im Rahmen der gemeinsamen „Fahndungs-

aktion“ von insgesamt 18 europäischen Staaten „in Ausübung des Regeldienstes!“. Das lässt sich so interpretieren, dass die gesamte Fahndungsaktion nur ein potemkinsches Dorf war und die Bundespolizei schlicht „Dienst nach Vorschrift“ gemacht hat. Dafür sprechen auch die Angaben zu den festgestellten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten: demnach wurden 149 Menschen ohne gültige Einreise- oder Aufenthaltspapiere entdeckt, 183 Diebstähle, 167 „Schwarzfahrer“, 221 Sachbeschädigungen und 65 Körperverletzungen. Das ist das Ergebnis nach fünf Tagen Einsatz von 11.100 Beamten. Da die Polizeiaktion in erster Linie in Zügen stattfand, spricht es erst einmal nur dafür, dass man sich im Personenfernverkehr in Deutschland sicher fühlen kann.“

Quelle: Pressemitteilung Ulla Jelpke Do., 8.1.2009 ■



## Senat gibt Stellungnahme über Pässeinkäufe ab – und gibt sich ahnungslos

HAMBURG. Nach einer Anfrage (Drucksache 19/1775) des migrationspolitischen Sprechers der Linksfraktion, Mehmet Yildiz, gibt der Hamburger Senat eine Stellungnahme über Pässeinkäufe ab – und zeigt sich zugleich ahnungslos. Ende letzten Jahres wurden verwaltungstechnische Vorgehensweisen registriert, die bundesweit ihresgleichen suchen. Die Hamburger Ausländerbehörde kaufte in Guinea Papiere ein, um passlose Asylsuchende in Hamburg zur Abschiebung freizugeben – natürlich gegen eine horrend Summe, von der nicht einmal der ehemalige Premierminister Guineas, Ahmed Tidiane Souaré, wusste.

Mehmet Yildiz, migrationspolitischer Sprecher der Linksfraktion in der Bürgerschaft dazu: „Eine unhaltbare Situation. Stellen Sie sich vor, eine deutsche Ausländerbehörde reist in einen der korruptesten Staaten der Welt und macht Menschen zu Staatsbürgern dieses Lan-

PARIS. Am Donnerstag, 15. Januar 09 fand die erwartete Kabinettsumbildung unter den Fittichen von Frankreichs „starkem Mann“, Präsident Nicolas Sarkozy, statt. Nur wenige Minister wurden ausgewechselt. Hintergrund ist vor allem, dass der bisherige Arbeits- und Sozialminister Xavier Bertrand sich zukünftig Parteaufgaben bei der regierenden, konservativ-wirtschaftsliberalen UMP widmen wird, wo er nun den Vorsitz übernimmt.

An seiner statt zum Arbeits- und Sozialminister – mit, gegenüber seinem Amtsvorgänger, beträchtlich erweiterten Kompetenzen – ernannt, wird dafür Brice Hortefeux, der bislang als „Minister für Einwanderung und nationale Identität“ zuständig war. Dieses letztgenannte Amt wurde nach Nicolas Sarkozys Sieg bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2007 neu geschaffen. (Der genaue Titel lautet „Ministerium für Immigration, Integration, nationale Identität und Entwicklungszusammenarbeit“.) Damit rückt ein „Lieblingsfeind“ der Linken und progressiven Initiativen, der bis dato in den letzten anderthalb Jahren die Treibjagd auf „illegal“ in Frankreich lebende Zuwanderer an führender Stelle organisierte, zum „Minister für Soziales“ auf.

Zu allem Unglück wird Hortefeux als neuer Arbeits- und Sozialminister nunmehr auch für die Subventionen, von denen die im sozialen Sektor oder im Bereich des Antirassismus tätigen NGOs oder Associations (Bürgerinitiativen, Sozialvereine) zum Gutteil abhängen, zuständig werden.

des, obwohl die Betroffenen angeben, nicht von dort zu stammen.“ Yildiz vermutet, dass Institutionen für ein „Entgeld“ willkürlich Papiere ausstellten, um die Betroffenen in Deutschland abzuschieben.

Dabei schien es völlig irrelevant, ob und welche Institution kontaktiert wurde. Und das ohne die Kenntnis des Premierministers, der nach telefonischer Rücksprache versicherte, dass seine Regierung von dem Aufenthalt der Hamburger Behörde in Guinea nichts wusste und auch in Zukunft keinerlei Zusammenarbeit mit einer solchen Behörde anstrebe. Vorerst würde niemand mit solcherlei Dokumenten in Guinea aufgenommen. „Das Vorgehen der Hamburger Ausländerbehörde, die Innensenator Althaus untersteht, ist skandalös. Man macht Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt schlichtweg zu Staatsangehörigen irgendeines Landes, um sie wegzukriegen – frei nach dem Motto: Aus den Augen, aus dem Sinn.“, so Yildiz weiter.

Organisationen wie Transparency International und Amnesty International bewerten Guinea als eines der korruptesten Länder der Welt.

PM Linksfraktion, 9.1. ■

## Protest gegen neuen Arbeits- und Sozialminister Hortefeux

Das bedeutet, dass er für diejenigen bspw. antirassistischen Vereinigungen, welche seine Politik als Immigrationsminister gestern noch bekämpft haben, ab jetzt persönlich am Geldhahn sitzen wird... Es handelt es sich in aller Regel um zweckgebundene Mittel, etwa für die Diskriminierungsbekämpfung, für die eine öffentliche Ausschreibung getätigt werden muss. Dennoch ist der Amtsinhaber in diesem Ministerium mit beträchtlichen Entscheidungsvollmachten darüber, wer oder was finanziert wird und was nicht, ausgestattet. Denn es gibt wesentlich mehr Antragsteller/innen als Subventionen...

Aus diesem Anlass zogen die französischen Medien am Mittwoch u. Donnerstag (14./15. Januar) eine Bilanz der anderthalb Amtsjahre Hortefeux'. Diese Bilanz fiel, aus humanistischer und progressiver Sicht, vernichtend aus. Nicht jedoch aus autoritär-rassistischer Sicht, denn Hortefeux zeigte sich selbst Mitte dieser Woche überrascht, dass er sein Plansoll bezüglich der Anzahl durchgeführter Abschiebungen übererfüllt habe. 25.000 im Jahr 2007 und dann 26.000 im abgelaufenen Jahr 2008 wollte er durchführen, doch knapp 30.000 für das abgelaufene Jahr seien es schlussendlich geworden. Dabei „mogelt“ das Ministerium freilich, mit Blick auf Stimmungen in Teilen der Wahlbevölkerung. Denn unter den Abgeschobenen sind auch mehrere Tausend StaatsbürgerInnen aus Rumänien und Bulgarien. Letztere genießen, da ihre Länder seit dem 1. Januar 2007 Mitglieder der Europäischen Union geworden sind, zwar noch keine Niederlassungsfreiheit – der Zugang zum nationalen Arbeitsmarkt, mit Ausnahme ausgewählter Berufe, ist ihnen während einer mehrjährigen „Übergangsperiode“ versperrt –, wohl aber Freizügigkeit. Also Reisefreiheit und das Recht zum Aufenthalt bis zu drei Monaten Dauer. Kurz, im Falle einer Abschiebung oder „freiwilligen Ausreise“ dürften rumänische und bulgarische StaatsbürgerInnen, die nicht in ihren Ländern bleiben möchten, alsbald wieder in Frankreich auftauchen.

Auch in der liberalen Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ übte Patrick Weil (selbst ein Technokrat der politischen Mitte) unverhohlenen Kritik an der Politik Hortefeux'. Auf einer Doppelseite in ‚Le Monde‘ vom 15. Januar 2009 liest man unter anderem: „Die Präfekten (Anm.: juristische Repräsentanten des Zentralstaats in den 100 französischen Départements) waren überrascht, Anfang 2008 einen führenden Vertreter des Ministerialbüros sagen zu hören: „Ich wäre nicht nachtragend, wenn Sie Anträge auf Familienzusammenführung nicht bearbeiten würden.“ Im Außenministerium zeigte man sich schockiert darüber, den

selben Verantwortlichen seinen Wunsch ausdrücken zu hören, dass man keine afrikanischen Stipendiums-Studierenden mehr aufnehmen solle – womit er eine quasi-offizielle Anordnung an die französischen Botschaften im Ausland bestätigte.“

„Legale“ Einwanderung sollte unter Sarkozy und seinem „Freund seit 30 Jahren“, Hortefeux, eine Angelegenheit für eine Elite darstellen. Und, ging es jedenfalls nach manchen Figuren in diesem Ministerium, möglichst für eine nicht-afrikanische Elite...

Ebenfalls zu neuen Aufgaben berufen wurde Eric Besson, alias „Monsieur Verräter“ (Monsieur Le traître). Besson ist derjenige berühmte Politiker, der es fertiggebracht hatte, den Wahlkampf im Winter 2006/07 als Berater – wirtschaftspolitischer Sprecher – der (rechts)sozialdemokratischen Präsidentschaftsbewerberin Ségolène Royal zu beginnen, und als Berater des konservativen Kandidaten Nicolas Sarkozy zu beenden. Daraufhin wurde er zum Staatssekretär „für vorausschauende Wirtschaftspolitik“ (pour la prospective économique), mit obskurer Aufgabendefinition, bestellt. Nunmehr wird er als Minister für „Zuwanderung und nationale Identität“ eingewechselt. Viele Medien sehen darin einen „macciavellistischen Schachzug“, da es dabei auch darum gehe, die Kritik der Sozialdemokratie an der teilweise „rechtspopulistisch“ geprägten Einwanderungspolitik auszuschalten. Bei der Sozialdemokratie allerdings betrachtet man Eric Besson, längst nicht mehr als einen der Ihren.

### Gewerkschaftliche Kritik

Die Ernennung von Brice Hortefeux zum neuen Arbeits- und Sozialminister, stößt seitens der Gewerkschaften auf Kritik. Dies gilt auf nationaler Ebene, wo die Gewerkschaftsdachverbände und ihre Spitzen die Einsetzung des neuen Ministers eher mit Skepsis betrachtet haben. Aber auch die Gewerkschaften im Arbeits- und Sozialministerium selbst übten harsche Kritik an ihrem künftigen obersten Vorgesetzten. Am Donnerstag veröffentlichten die CGT, SUD und die der FSU (Gewerkschaft im Schul-, Bildungs- und Fortbildungssektor) angeschlossene Gewerkschaft der Ministerialbediensteten ein gemeinsames Pressecommuniqué. Darin wird vor einer unzulässigen „Vermengung der Rollen“ gewarnt, dergestalt, dass man sich weigere, zukünftig im Rahmen der Aufgaben des Arbeits- und Sozialministeriums Jagd auf abhängig beschäftigte „illegale Ausländer“ zu machen. Bereits in jüngerer Vergangenheit hatte es mehrfach Erklärungen und auch Streikbewegungen von Seiten der Gewerkschaften des Ministeriums – und der ihm unterstehenden Arbeitsinspektoren –

gegeben, die sich weigerten, eine Rolle als Hilfspolizisten bei der Überprüfung von Aufenthaltstiteln lohnabhängiger Ausländer/innen zu übernehmen. Ihr Schutz müsse vielmehr allen Lohnabhängigen, unabhängig von ihrer Nationalität und ihrem Aufenthaltsstatus gelten.

#### **Zusatz: „Vollkrass!“**

Als neuem Arbeits- und Sozialminister untersteht Hortefeux nunmehr auch das Staatssekretariat für die Banlieues, die sozialen Krisenzonen in den Trabantenstädten, unter Leitung von Fadela Amara. Dieses Staatssekretariat wurde dem Ministerium, dessen Kompetenzen anlässlich des Amtswechsels von Xavier Bertrand zu Brice Hortefeux beträchtlich erweitert worden sind, jetzt zusätzlich angegliedert. Bislang unterstand es dem Wohnungsbauministerium, das aktuell durch die Rechtskatholikin (mit sozialem Anstrich) Christine Boutin geleitet wird.

Am Donnerstag Nachmittag, bei der Vorstellung seiner künftigen StaatssekretärInnen, stellte Hortefeux die französische Staatsbürgerschaft seiner Untergebenen öffentlich in Frage. Auf seiner Pressekonferenz führte Hortefeux, als er Fadela Amara vorstellte, vor den versammelten JournalistInnen aus, diese sei „seine Landsmännin“ (ma compatriote). Und fügte daraufhin hin-

zu: „Da dies nicht unbedingt/nicht gerade selbstverständlich ist, präzisiere ich es.“ Fadela Amara stellte ein verkrampftes Lächeln dazu zur Schau. Die demnächst 45-jährige Fadela Amara ist eine in Clermont-Ferrand (Regionalmetropole der Auvergne) geborene Tochter algerischer Einwanderer.

Später am Tag erklärte sie, Hortefeux habe „dies nicht zum ersten Mal erklärt, auch in privatem Rahmen“. Dennoch versuchte sie, zu entdramatisieren: „Aber sie nehme es ihm nicht übel.“ Und fügte hinzu, mit dem Ausdruck „Landsmännin“ habe Hortefeux lediglich sagen wollen, dass sie beide aus der Auvergne kämen. Bei der Auvergne handelt es sich um Hortefeux' politisches Stammland und seine regionale Hochburg.

Fadela Amara war früher sozialdemokratische Kommunalparlamentarierin in Clermont-Ferrand, bevor sie an die Spitze des 2002/03 gegründeten Verbands ‚Ni Putes Ni Soumises‘ (NPNS, Weder Nutten noch unterwürfig) rückte – eine Vereinigung, die die Lebenssituation von Frauen in Banlieues und Einwandererfamilien kritisiert, aber zugleich durch ihre unkritische Haltung gegenüber den „Idealen der Republik“ und ihren ungebrochen positiven Bezug auf die sog. liberale Mehrheitsgesellschaft hervorstach. Im Rahmen seiner „Politik der Öffnung“ holte Präsident Nicolas Sarkozy sie

ins Kabinett. Auch nach ihrem Wechsel in die Regierung versuchte Fadela Amara, die Kontrolle über „ihren“ früheren Verband, NPNS, an dessen Spitze sie eine Vertraute platzierte, aufrecht zu erhalten. Politisch ist Fadela Amara in erster Linie als Karrieristin einzustufen.

Dass Brice Hortefeux bisweilen Probleme hat, die französische Nationalität von seiner Auffassung nach „nicht ins Schema passenden“ Männern und Frauen anzuerkennen, ist nicht völlig neu. Bereits im November 2007 enthüllte eine französische Wochenzeitung, wie Hortefeux selbst – bei einem Diner mit erlesenen Gästen – dazu eine Anekdote auspackte, die sich im selben Jahr auf einer Autobahnraststätte zutrug. Originalton Hortefeux: „In diesem Sommer treffe ich auf einer Autobahnraststätte fünf schwarze Personen. Da sie mich zu erkennen scheinen, gehe ich auf sie zu, um sie zu begrüßen, und frage sie: Wo kommen Sie her? (Antwort:) Aus Caen (Anm.: in der Normandie). Ja OK, frage ich nach, aber wo liegt Ihr Land? (Antwort:) Na ja... Es ist hier! – Zum Glück, fährt Hortefeux fort, habe ich rechtzeitig verstanden und nicht auf meine Frage insistiert. An dem Tag habe ich die ganze Tiefe meiner Aufgabe begriffen.“ (Vgl. <http://miltondossier.over-blog.com/article-14881013.html>) Sic! Bernhard Schmid, Paris ■

## **: neuerscheinungen, ankündigungen**

### **„Feindbild Islam“**

KÖLN. Die Mitarbeiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum Köln haben jetzt eine Broschüre mit dem Titel „Feindbild Islam“ veröffentlicht, in der die Ergebnisse der gleichnamigen Konferenz im September 2008 dokumentiert sind. Der Reader ist die erste Veröffentlichung in der neuen Reihe „Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle“. Die Herausgeber, Alexander Häusler und Hans-Peter Killguss, legen mit dieser Broschüre einen Grundstein für eine kontroverse, aber auch objektiv und sachlich differenziert geführte Diskussion um die Konstitution des Islams in Europa und um die Pro-Bewegungen, die versuchen diese Angstthemen aufzugreifen. Die 96 Seiten lange Broschüre dokumentiert die Fachtagung, die die ibs im September letzten Jahres im Kontext des Antisiamisierungskongresses veranstaltet hatte.

Ein wichtiges Thema sind die Strategien von Pro-Bewegungen, die sich selber als die Retter des Abendlandes bezeichnen. „Die Pro-Bewegungen versuchen die extrem Konservativen und die Mitte zu erreichen“, so der Herausgeber Alexander Häusler. Sie wollen sich vor allem von den extremen Parteien wie der NPD abgrenzen, da sie einen seriösen Eindruck erwecken wollen.

Ihre Wählerschaft soll nicht hauptsächlich aus dem rechten Klientel bestehen, sondern insbesondere aus der Mitte der Gesellschaft und aus den extrem Konservativen.

#### **Kulturalisierung**

Der Rassismus wird von den Rechtsextremen in Europa kulturalisiert. Während es früher noch hieß „Ausländer Raus“, wird heute versucht eine kulturpolitische Debatte zu führen über das europaweite Angstthema Islam/Islamismus. So erwecken die Pro-Bewegungen einen seriösen Eindruck, deshalb sind

sie auch um ein Vielfaches gefährlicher als die NPD oder andere rechtsextremistische Parteien. Mit der NPD und ihrem Klientel

verbindet man Glatzen, Springerstiefel, Bomberjacke und Baseballschläger. Die Pro-Bewegungen hingegen treten in Anzug und Krawatte auf. Sie möchten den Eindruck erwecken, diese Bewegungen seien normale Parteien, die sich sachlich und konstruktiv mit den Themen Integration und Islamisierung auseinandersetzen. Dies erklärt auch den wachsenden Zulauf zu dieser Bewegung.

#### **Pauschalisierungen**

Die Pauschalisierung ist eine weitere Strategie der Pro-Bewegungen. Es wird behauptet, dass die islamische Kultur nicht in den christlichen Raum passt, wie wir ihn in Europa vorfinden. Außerdem wird der Islam mit dem Islamismus, mit der Überfremdung und mit der Migration

gleichgestellt. Angstthemen werden einfach vermischt und miteinander verbunden. Doch in den Themen, die von den Pro-Bewegungen angesprochen werden, steckt eine Teilwahrheit, denn der politische Fundamentalismus und die Integrationsdefizite sind Probleme, die nicht ignoriert werden können. Diese Probleme werden ebenfalls in der Broschüre angesprochen und diskutiert.

#### **Instrumentalisierung**

Probleme, wie die fehlgeschlagene Integrationspolitik oder die Angst vor dem Islam, werden von den Pro-Bewegungen als Themen für den Wahlkampf genutzt. Im Grunde greifen diese die Angstthemen der Menschen auf, um sie für sich zu instrumentalisieren. Der Kultur-



kampf soll in Zukunft zentrales Thema der Rechten sein. „Aufgrund der Tatsache, dass pro Köln das Thema Moscheebau in das Zentrum ihrer Agitation gerückt hat, ist eine offensive und fundierte Sachdiskussion um diese Frage vonnöten“, fordert Hans-Peter Killguss, Leiter der ibs und einer der Herausgeber. Die Broschüre hält keine Patentrezepte bereit, aber sie soll einenAnstoß zu einer sachlichen und differenzierten Diskussion um den Islam als Konfliktfeld und die rechtspopulistischen Strategien geben.

Arwin Mahdavi Naraghi ■

**Die Boshüre Feindbild Islam ist für drei Euro im NS-Dokumentationszentrum und im Buchhandel erhältlich. Weitere Informationen finden Sie unter: [www.nsdok.de/ibs](http://www.nsdok.de/ibs)**

## 28. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW

Am Samstag, 7. Februar 2009, 11.00 bis 17.30, findet in der Gesamtschule Else-Lasker-Schüler in Wuppertal die antifaschistische Landeskonferenz NRW statt. Die seit 28 Jahren stattfindende Konferenz – eine gemeinsame

Veranstaltung antifaschistisch engagierter Gruppierungen, Organisationen und Personen – soll diesmal unter dem Arbeitstitel stehen: „Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente!“

Mit Blick auf die bevorstehenden Kommunal-, Bundestags- und Europawahlen soll die Konferenz diesmal darauf fokussiert sein, möglichst den Nazis und Rassisten den Ausbau ihrer parlamentarischen Positionen zu verwehren und ih-



nen bereits vorhandene parlamentarische, Positionen streitig zu machen.

### Programm der Konferenz

Eröffnungsplenum mit Ulrike Düwel, Landessprecherin der VVN-BdA NRW, Wuppertal; Sevim Dagdelen (MdB DIE LINKE), Bochum; Guntram Schneider (DGB-Landesvorsitzender NRW); Prof. Dr. Wolfgang Dreßen (FHS Düsseldorf); Monika Düker (MdB NRW, Bündnis 90/Die Grünen); Moderation: Kurt Heiler, Aachen

Nach der Mittagspause Plenumsdiskussion, Stichwort: „Antifa-kontrovers“, anschließend fünf Arbeitskreise. Statt einer erfahrungsgemäß unzulässig verkürzten Berichterstattung im Plenum wird allen interessierten Teilnehmerinnen ein Reader mit den Beiträgen im Plenum, den Referaten sowie den Berichten aus den Arbeitskreisen übermittle-

### Arbeitskreise

#### 1. Die Erben der REP's

Pro NRW will Spitzenreiter des Rassismus werden. Großmäulig und voller Hass auf alles, was nicht deutsch aussieht. Ewig-Gestrige, die gefährlich sind, weil sie vorhandene Ressentiments und Ängste bündeln.

#### 2. Militante Nazi-Strukturen im Umbruch

„Wie sehen die denn aus?“ Die Neonazis klauen Musikstile, Klamotten und Losungen der Linken. Ist ihre Militanz neu? Was machen die Neonazis vor Ort?

3. Der Staat – ihr Freund und Helfer Was ist so nützlich an den äußersten Rechten, dass sie systematisch geschützt werden und warum wird Engagement gegen Rechts so oft kriminalisiert? Welche Gründe aus konservativer und linker Sicht stehen gegen ein Verbot?

4. Außenpolitische Zuspitzung und Kriegführung

Zunehmende Konflikte erfordern innenpolitische Formierung und Überwachung der Gesellschaft. Die Militarisierung des Landes schreitet voran und die Nazis sind dabei die treuesten Verbündeten.

### 5. Arbeit in Bündnissen

In den meisten Städten gibt es Bündnisse gegen Rechts. Manchmal gibt es zwei oder noch mehr Bündnisse vor Ort. Welche Erfahrungen in der Zusammenarbeit gibt es, wovon können wir lernen, was ist zu vermeiden?

Veranstalter: Koordinationsgruppe zur Vorbereitung der 28. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW

## Wanderausstellung „Arisierung“ in Thüringen

Eine Projektgruppe der Uni Jena hat eine Wanderausstellung mit dem Thema „Arisierung“ in Thüringen. Ausgegrenzt. Ausgeplündert. Ausgelöscht.“ konzipiert und präsentiert sie in den kommenden Jahren in verschiedenen Städten Thüringens. Zur Zeit befindet sie sich in Suhl.

Die studentische Projektgruppe Geschichte der „Arisierung“ in Thüringen unter der Leitung der Historikerin Dr. sc. Monika Juliane Gibas (Leipzig) existiert seit Herbst 2005. Die jungen Forscherinnen und Forscher haben sich der Aufgabe gestellt, dieses bislang für den Raum Thüringen noch weitgehend unerforschte Kapitel der Geschichte der nationalsozialistischen Judenpolitik durch eigene Forschungsbeiträge zu erhellen.

An konkreten Fallbeispielen soll gezeigt werden, wie auch hier die vor allem antisemitisch orientierte Rassenpolitik in der deutschen Gesellschaft nach 1933 rasch Raum griff und eine verhängnisvolle Dynamik von sozialer Ausgrenzung, Zerstörung jeglicher wirtschaftlicher Existenzgrundlagen, der totalen finanziellen Ausraubung und schließlich der physischen Vernichtung der zu „Volksfeinden“ erklärten Thüringer Bürger mit jüdischen Wurzeln funktionierte.

Die Arbeit der Projektgruppe begann zunächst im Rahmen einer gleichnamigen Lehrveranstaltung, die am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität im Herbstsemester 2005 von der Leipziger Historikerin als Übung zur Einführung in die Archivarbeit angeboten wurde. Ergebnis dieser ersten Arbeitsphase waren neben Haus- und Staatsexamensarbeiten vor allem eine zweibändige Quellensammlung zum Thema, die im Herbst 2006 in der Reihe „Quellen zur Geschichte Thüringens“ der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen erschien.

Mehr Infos unter:

[www.arisierung-in-thueringen.uni-jena.de](http://www.arisierung-in-thueringen.uni-jena.de)

### Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.  
email: [antifanachrichten@netcologne.de](mailto:antifanachrichten@netcologne.de), Internet: <http://www.antifaschistische-nachrichten.de>  
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach  
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.  
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.  
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntentbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg - Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

## Obama ein Werkzeug der Juden

Nation & Europa 1-2009

Die bereits seit langer Zeit, teilweise mit politischen Totschlagargumenten, unter Antifaschist(inn)en und Leuten, die sich für solche ausgeben, geführte Diskussion darüber, was Antisemitismus sei, hat durch den israelischen Überfall auf den Gazastreifen und die darauf folgenden Proteste neue Aktualität und Brisanz gewonnen. Während die einen jegliche Kritik an der Politik Israels als antisemitisch denunzieren und nicht einmal davor zurückschrecken, jüdischen Kritiker(inne)n dieser Politik Selbsthass oder sogar Antisemitismus vorzuwerfen, setzen andere die israelischen Aktionen gegen die Palästinenser so unbefangen (und historisch falsch) mit dem Holocaust und dem Weg der Nazis in ihn gleich, als hätte es den industrialisierten Völkermord der Nazis nie gegeben. Worin Antisemitismus wirklich besteht, ist geradezu lehrbuchmäßig in der Januar Ausgabe von „Nation & Europa“ zu lesen.

Bereits das Titelbild bringt das Anliegen der Redaktion auf den Punkt: Da erscheint der gerade ins Amt eingeführte US-Präsident Barack Obama in einem seitenfüllenden Porträt vor einer israelischen Fahne. Die Bildunterschrift dazu lautet: „Obama – der Hintergrund“.

Solchermaßen eingestimmt gehen die Leser(innen) an die Lektüre des ersten und längsten Artikels, den *Karl Richter* mit der rätselhaften Überschrift „Wer steckt hinter Obama? ‚Einer von uns‘“ versehen hat. Doch das Rätsel der unkonventionellen Zeichensetzung löst sich schnell.

Was im Titelbild suggeriert wurde, soll von Richter nachgewiesen werden. Um jeder Gefahr, Kontakt mit der zuständigen Staatsanwaltschaft zu bekommen, aus dem Wege zu gehen, bedient

sich der N&E-Redakteur eines Tricks: er behauptet selbst fast nichts, sondern zitiert einfach Beiträge aus der seriösen Presse, in denen das behauptet, was er nicht offen behaupten will.

„Unverstellt berichtet ‚Spiegel online‘ (2.11.2008) über David Axelrod, den ‚Obama-Macher‘, und über die ‚amerikanische Allianz von Juden und Schwarzen‘. Andere sind noch redseliger. Die Internetseite der israelischen Tageszeitung ‚Ha’ aretz‘ führte in einem Beitrag vom 19.10. jene ‚36 Juden (auf), die die US-Wahl 2008 gestalteten‘ – zwei Wochen vor dem Ergebnis. Die Liste liest sich wie das ‚Who is who‘ des amerikanischen Medien- und Politikbetriebes, sie reicht vom ‚National Jewish Democratic Council‘ (dem Zusammenschluß demokratischer Politiker mit jüdischem Hintergrund) über führende Medienmacher und Spendensammler bis hin zu prominenten Einzelpersonlichkeiten wie Ed Koch, Barbara Streisand und den früheren Clinton-Finanzminister Robert Rubin. Sogar eine eigens ins Leben gerufene Rabbinerorganisation, die ‚Rabbis for Obama‘, unterstützte den Mann mit dem dunklen Teint. ‚Juden machten ihn. Wo immer sie hinschauen, sind Juden‘, zitierten die ‚Chicago Jewish News‘ einen Beobachter der Szene“.

Und weiter geht es im gleichen Stil:

„Will man der Heldenlegende glauben, wurde Obama schon in den 90er Jahren in Chicago von der dortigen jüdischen ‚community‘ entdeckt – und Obama, wird berichtet, war klug genug, sich mit ihr gutzustellen, besuchte Synagogen und wechselte demonstrativ die Straßenseite, um einem Rabbiner die Hand zu schütteln. Er sei, brachte es dieser Tage ein Freund von damals, der Rabbi Arnold Jacob Wolf von der ‚KAM Isaiah Israel Congregation‘, auf den Punkt, immer schon ‚in die jüdische Welt eingebettet‘

gewesen. Und gerät ins Schwärmen: ‚Obama ist irgendwie einer von uns. Sein Über-Perfektionismus (overachieving) ist jüdisch, sein Intellektualismus ist jüdisch, sogar seine Ausstrahlung hat eine jüdische Seite. Vielleicht empfinde ich das nur stärker als andere, aber ich fühle: er ist einer von uns““.

Und für die Allerbegriffsstutzigsten fasst Richter noch einmal das „Ergebnis“ zusammen: „Der Befund läßt sich schwer vom Tisch wischen, daß die Israel-Lobby das Weiße Haus mit Obama als Präsidenten-Darsteller fester im Griff hat als jemals zuvor“. Und ohne die Nazivokabel von der „jüdischen Weltverschwörung“ zu benutzen, meint Richter genau das, wenn er schreibt:

„Seine ‚Macher‘ werden Obama der übrigen Welt als multikulturellen Messias verkaufen, dem die Herzen der weichgespülten, ferngesteuerten Gesellschaften nur so zufliegen werden – schon deshalb, weil die Taktgeber allenthalben die gleichen sind. Soweit ihr Einfluß reicht, wird mit einer noch weit rigideren Vergatterung der ‚internationalen Gemeinschaft‘ auf das Wohl Israels zu rechnen“.

Antisemitismus, zweiter Teil: Der palästinensische Widerstand als Folie für Neonazis. N&E-Leser *Dieter Schütz* aus Landshut schreibt:

„Deutschland ist zum Palästina Europas verkommen: fremdbestimmt, ausgeplündert und gedemütigt. Mit einem Unterschied: Die Palästinenser wehren sich tapfer gegen eine erdrückende Übermacht, während Deutschland bei dem erbärmlichen Spiel seiner Selbstauflösung auch noch uneingeschränkt mitmacht“.

Auch wenn der Verfasser offenbar unter einer so starken Paranoia leidet, dass es sich eher um ein medizinisches als ein politisches Problem handelt, ist es schockierend, wie weit antisemitischer Wahn von der Realität wegführen kann.

Auf dem letzten CDU-Parteitag, der im vergangenen Jahr stattfand, beschlossen die Delegierten die Forderung, Deutsch als Nationalsprache ins Grundgesetz aufzunehmen. N&E-Herausgeber *Harald Neubauer* sagt warum:

„Als wirklich schlimm gilt nur, daß es hierzulande immer noch ‚Rechte‘ gibt. Sie müssen observiert, angeprangert, ausgemerzt werden. Oder eingefangen. Mit patriotischen Lockrufen. Pünktlich zum Superwahljahr 2009 hat der CDU-Bundesparteitag den Wunsch geäußert, das Grundgesetz einmal nicht zu brechen, sondern zu ergänzen – mit dem Satz: ‚Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch‘. Ach, wird daran gezweifelt? Muß man es eigens betonen“.

Besser ist der Grund für die Forderung der CDU in der Tat nicht zu beschreiben.

tri ■

### **BESTELLUNG:** Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

**Einzugsermächtigung:** Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name:

Adresse:

Konto-Nr. / BLZ

Genauere Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de  
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Erscheinungsweise:  
14-täglich